

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Herbert Wehner</i> Ein Beitrag zur Einigung Europas .....	168
<i>Hartwig Schlegelberger</i> Über den europäischen Auftrag der Nordschleswiger .....	171
<i>Harro Marquardsen</i> Der volklich-kulturelle Wettbewerb geht weiter .....	175
<i>Ernst Beier</i> Durch die Fenster des Nachbarn gesehen ... ..	181
<i>Johannes-H. Meyer</i> Als die Schleswig-Holsteiner Preußen wurden .....	191
<i>Gerd Callesen</i> Sozialdemokratie und Köllerpolitik .....	197
<i>*** / Wilhelm Klüver</i> Wie müßte eine (moderne) Geschichte Schleswig-Holsteins aussehen? .....	208
<i>Thomas Mann</i> „Er ist ein Meister, er bleibt“ (Aus dem Essay „Theodor Storm“) .....	212
<i>Christian Carstensen</i> Wie Bilder Emil Noldes der Vernichtung entgingen .....	218
<i>Johan Meyer</i> Weihnachten und Neujahr in einem Dorf am Ochsenweg (Fröslee) .....	225
Umschau ab Seite 231	

## VON AUTOREN DIESES HEFTES:

GERD CALLESEN. Geboren bin ich 1940. 1959 machte ich das „Studentereksamen“ (Åbenrå Statsskole). Ab 1961 studiere ich, nämlich an den Universitäten Marburg an der Lahn, Tübingen, Kiel und Kopenhagen. Meine Fächer sind im wesentlichen Geschichte, Soziologie und Politische Wissenschaften. Das Thema meiner Arbeit ist (so ungefähr) „Sozialdemokratie und Schleswigfrage 1912—1924“, sie konzentriert sich im wesentlichen um die Diskussionen innerhalb und zwischen der dänischen und deutschen Sozialdemokratie und um die Entwicklung der nordschleswigschen Sozialdemokratie nach 1920.

CHRISTIAN CARSTENSEN ist der Verfasser der in diesem Heft wiedergegebenen Erinnerungen an Emil und Ada Nolde. Er wurde 1908 in Achtrup (Südtondern) geboren, studierte in Freiburg, Königsberg und Kiel und war als Austauschstudent 1930/31 an der Stanford-Universität in Kalifornien immatrikuliert. Seit 1936 als Studienrat tätig, war er von 1950 bis 1952 Leiter der deutschen Volkshoch- und Nachschule in Tingleff/Nordschleswig. 1967 trat Christian Carstensen in den Ruhestand, nachdem er von 1954 bis 1967 am Alten Gymnasium in Flensburg gewirkt hatte. Er ist Mitglied des Kuratoriums der Noldestiftung.

JOHANNES-H. MEYER. Ich komme aus dem Jahrgang 1922. Geboren bin ich zufälligerweise in Frankfurt/Oder. Meine Mutter hielt sich damals dort auf. Beide Eltern stammen nämlich aus alten schleswig-holsteinischen Bauernfamilien. Mein Vater konnte als jüngster Sohn keinen Hof bekommen, deswegen studierte er Theologie. Er wurde dann Pastor in Ladelund. Seine Familie läßt sich in Dithmarschen in zwei Linien bis zum Jahre 1307 zurückverfolgen. Meine Mutter stammt aus der Kroppharde, wohin die Familie zwischen 1500 und 1550 aus Dithmarschen flüchtete. Ich selber schied während des Krieges nach meiner dritten Verwundung 1942 aus der Wehrmacht aus und studierte. Zunächst wählte ich Geschichte und Philosophie, dann Staatsrecht und Rechtsgeschichte. In diesem Fach wollte ich Universitätslehrer werden. Schließlich machte ich aber das juristische Staatsexamen und wurde Richter. Meine Freizeit gehört der schleswig-holsteinischen und der dänischen Geschichte.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert. Andere Bezieher (Nichtmitglieder) können sie für jährlich 2,— DM beim zuständigen Postamt unter der Verkehrs-Nr. V 3339 F abonnieren. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

# GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

## DER ZEITEN HERZ

Es geht meine alte Standuhr  
ihren leisen, einförmigen Gang;  
Er ist mir so lieb und vertrauet  
der rhythmisch zögernde Klang.

Es ist, als spräche sie zu mir  
in ihrer bedächtigen Weise,  
als säß' eine lebende Seele  
in ihrem alten Gehäuse.

Ich fühle mich nie alleine  
in Freude nicht noch in Schmerz,  
denn in meinem Zimmer schlägt ja  
der Zeiten geduldiges Herz.

Oft, wenn ich sie höre, ist's mir,  
als raunte sie mir zu:  
Du Menschenkind, nimm zu eigen  
meinen Frieden und meine Ruh'.

Gefunden auf einem Zettel in einer alten Bornholmer Uhr in der  
Umgebung von Ringkøbing. Ins Deutsche übertragen von Elisabeth  
Nagel, Sonderburg.

## WARUM EUROPA?

*Nicht nur, weil mancherlei Umstände dazu zwingen (obwohl wir das Zwingende nicht übersehen wollen), müssen wir Europa wollen, sondern weil wir überzeugt sein können, daß unserem alten Kontinent und seiner in der Vielfalt einheitlichen Kultur noch eine Aufgabe zugewachsen ist. Hat Europa den Bazillus des Nationalismus mit seiner Zivilisation in alle Welt getragen, so wird es dieser seiner neuen Aufgabe gerecht werden, wenn es nun den jungen Nationalstaaten das Beispiel zu geben imstande sein wird, wie dieser Nationalismus und nationale Egoismus zugunsten übernationaler Zusammenschlüsse und um eines Allgemeinwohls willen, das über den sogenannten „nationalen Interessen“ steht, überwunden werden kann, um zu jenen fernen Zielen zu gelangen, die wir vor nicht langer Zeit so eindrücklich nennen gehört haben und die letztlich in der Zusammenfassung der gesamten Menschheit münden.*

*Weil diese Aufgabe vor uns liegt, weil wir der Menschheit gegenüber auch eine Schuld abzutragen haben und weil wir auch die Kraftreserven haben, um diese Aufgabe zu erfüllen, deshalb wollen wir Europa, ein in der Vielfalt einiges Europa.*

Dr. KARL MITTERDORFER, der Vertreter Südtirols im italienischen Parlament, auf dem Deutschen Tag 1967 in Sonderburg

## Ein Beitrag zur Einigung Europas

Es steht schlecht um Europa. Als der Nah-Ost-Konflikt entbrannte, war von Europa nichts zu hören. Konflikte in anderen Weltteilen schwelen oder brennen, ohne daß Europa seinen Beitrag zu ihrer friedlichen Beilegung zu leisten imstande wäre.

Für viele ist Europa zur Zeit noch nicht mehr als ein geographischer Begriff. Andere streiten sich um Doktrinen, nach denen Europa sich richten soll. Die Ansätze zur Vereinigung Europas, die der Pflege und Entwicklung bedürften, laufen Gefahr, zerredet zu werden.

Aber die Völker Europas haben nur eine wirkliche Hoffnung, während der nächsten dreißig Jahre voranzukommen und die ihnen auf Grund ihrer industriellen und kulturellen Entwicklung zukommende Rolle in unserer unruhigen Welt zu spielen: Vereinigung und dabei Überwindung des Ost-West-Gegensatzes in Europa.

Das sind keine utopischen Zielvorstellungen. Es sind zwingende Notwendigkeiten. Realistische Politik und realistisches Verhalten von Volk zu Volk müssen diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Es wäre Schwarmgeisterei, sich anders zu verhalten.

Die Zukunft unseres eigenen Volkes hängt buchstäblich davon ab, ob und daß es weitergeht, mit der Vereinigung Europas. Deshalb investieren wir unser politisches Vertrauen und Können in das europäische Einigungswerk. Es ist für uns mehr als eine Ressortangelegenheit der praktischen Politik und der staatlichen Administration.

Für das deutsche Volk ist die Vereinigung Europas zugleich die einzige realistische Möglichkeit seiner nationalen Selbstbehauptung. Ein Europa, das lediglich ein geographischer Begriff bliebe, würde unser Volk im Zustand der Quarantäne lassen. Nur in einem Europa, das zu einer europäischen Friedensordnung findet, wird es möglich sein, dauerhafte und gerechte Lösungen für die heute noch zwischen West und Ost stehenden Probleme zu finden.

Das Recht auf Selbstbestimmung und ein modernes Volksgruppenrecht haben Aussicht auf Verwirklichung nur in einer europäischen Friedensordnung. Sie kann nicht nach den Bedürfnissen der einen oder anderen Hegemonialmacht ausgedacht oder zurechtgemacht werden. Sie kann nur das Ergebnis der Einsicht sein, daß die Nationen Europas die Gemeinschaft der Völker Europas brauchen, um bestehen und ihren eigenen vitalen Interessen gerecht werden zu können.

Europa muß ein ebenbürtiger Partner der Großmächte in der Welt werden, um zu einem Teil zur Organisierung des Friedens, zur Behauptung der eigenen Lebensart und zur Förderung des Wohlstands in der auf ökonomischen und

sozialen Ausgleich angewiesenen Welt beitragen zu können. Dazu bedarf es der Pflege nachbarlicher Verhältnisse und des Mutes zu Formen des Zusammenwirkens der Völker, die nicht den Modellen der Allianzen des 19. Jahrhunderts und der Blockbildungen des 20. Jahrhunderts entsprechen. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind wesentliche Elemente eines solchen Zusammenwirkens entwickelt worden. Sie wird davor bewahrt werden müssen, zu einer exklusiven Gesellschaft zu werden. Großbritannien und die übrigen demokratischen Länder der Europäischen Freihandelszone, die bereit sind, die gleichen Rechte und Pflichten wie die ursprünglichen Mitgliedsländer der EWG zu übernehmen, müssen aufgenommen werden. Das ist und bleibt — ungeachtet zeitweiliger Hemmnisse — eine zentrale Aufgabe der Politik.

Daneben und dazwischen können und werden bilaterale Abkommen eine zusätzliche verbindende Wirkung ausüben. Positive praktische Erfahrungen sind mit dem deutsch-französischen Jugendaustausch gemacht worden, der neben anderen Bestandteilen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags zur europäischen Einigung beiträgt. Ähnliche und entsprechende Formen der Zusammenarbeit sind möglich und werden ins Werk gesetzt werden. Das gilt sowohl für das Verhältnis zwischen Ländern und Völkern des europäischen Westens als auch für das Verhältnis zwischen Ländern des Westens und des europäischen Ostens. Daß es in dieser Beziehung nicht bei bilateralen Abkommen sein Bewenden haben muß, ergibt sich aus einer bedeutsamen EntschlieÙung, die im Sommer 1967 in Brüssel von den Vorsitzenden der demokratischen Parteien und Parlamentsgruppen aller drei hauptsächlichen politischen Richtungen in den Ländern der EWG unterschrieben worden ist. Sie wurde im Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1967 von den drei Fraktionen der SPD, CDU/CSU und FDP als Antrag eingebracht und fordert die Bundesregierung auf, die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu veranlassen, bei der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um einen Kooperationsausschuß einzurichten, der ständige Konsultationen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen von beiderseitigem Interesse durchzuführen hat. Als erstes Ziel dieser Konsultationen wäre eine Ausweitung des Handels anzustreben, vor allem durch Systeme des multilateralen Zahlungsausgleichs, die Möglichkeit von Krediten und einen verstärkten Austausch technologischer Kenntnisse. Diese Erweiterung der materiellen Grundlage für die Beziehungen mit dem Osten wird eine wachsende Zusammenarbeit zwischen dem Osten und dem Westen auf den anderen Gebieten erleichtern und vor allem zur Lösung der Probleme beitragen, die den Osten und den Westen gegenwärtig voneinander trennen.

\*

Die stille und intensive Arbeit des Grenzfriedensbundes, die gemeinsamen

Problemen der Deutschen und der Dänen gewidmet ist, verdient im Rahmen der Bemühungen um die Einigung Europas eine besondere Würdigung. Hier geschieht etwas, das zwei Völkern dient und zugleich ein Baustein für Europa ist. Es geschieht außerhalb der aktuellen Tagespolitik, aber es ist von grundlegender Bedeutung für den Fortgang des europäischen Einigungswerkes. Nach dem Willen beider Seiten soll die Grenze nicht trennen und Streitobjekt sein; eine gerechte und dauerhafte Regelung wird von beiden Seiten in übereinstimmenden Bemühungen zum Miteinanderwirken für den Frieden entwickelt. Keine Seite erhebt den Anspruch, damit Dritten etwas vorschreiben zu wollen. Aber gerade dieses anspruchslose Miteinanderwirken erweckt schon heute das Interesse anderer, weil sie mit Recht darin Ansätze zu friedlichen Entwicklungen in Europa erkennen, die auch andernorts segensreich sein könnten. Wer Europa einigen will, wird an dem Beitrag, der hier im Norden in aller Stille geleistet wird, nicht vorbeisehen können.

---

*National können nur die sein, die ein Deutschland schaffen helfen, daß die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt.*

HERBERT WEHNER

## Über den europäischen Auftrag der Nordschleswiger

*Aus der Rede anlässlich des Deutschen Tages am 5. November 1967 in Sonderburg*

Die Grundfrage, um die es letzten Endes am Deutschen Tag geht, ist über alle politischen Zielsetzungen hinaus das Bekenntnis zum deutschen Nordschleswiger mit allen seinen wirtschaftlichen Konsequenzen. Wer weiß, wie oft Sie sich in der Schwierigkeit der Situation gefragt haben mögen, ob es in diesem Zeitalter noch einen Sinn hat, der deutschen Minderheit in Nordschleswig anzugehören. Die Frage kann niemand für Sie beantworten, nur Sie selbst können es, und Sie können es nicht in Pathos und einem Zustand gehobener Stimmung tun. Die Entscheidung muß sich im Alltag vollziehen. Sie soll durch den Deutschen Tag jedoch ihre solidarische Bestätigung finden. Lassen Sie mich hierzu drei Bemerkungen machen:

### I

Europa ist der Auftrag unserer Zeit. Das Ziel von heute heißt die Integration Englands und Skandinaviens, das heißt Dänemarks und Norwegens. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins wird alles tun, was in ihren verfassungsmäßigen und politischen Kräften steht, um dieses Einigungswerk zu beschleunigen und zu erreichen. Das Ziel von morgen heißt: das ganze Europa, also auch die Einbeziehung jener Länder, die ihren Willen nach außen noch nicht frei bekunden können, die aber unter der Decke des gegenwärtigen Systems sich Europa verbunden fühlen.

Wer dieses Europa will, darf aber nicht nur daran denken und davon sprechen, sondern muß dafür auch handeln. Sie, meine lieben deutschen Nordschleswiger, sind als deutsche Minderheit in Dänemark in die Lage versetzt und damit vom geschichtlichen Auftrag her auch verpflichtet, europäisch zu handeln. Was heißt das für Sie? Das heißt, daß es Ihr Auftrag ist, jedes einzelnen von Ihnen, Ihre deutsche Eigenart zu bewahren und sie als solche in eine größere Gemeinschaft einzubringen. Der Wert dieser Eigenart, völkischer oder kultureller Art, bemißt sich nicht nach der Zahl. Die deutsche Minderheit leitet ihr politisches Recht von ihrer Funktion als europäisches Bauelement ab, und sie behält im politischen Sinne dieses Wortes solange recht, als sie die Kräfte hat, den Gefahren des Konformismus, der Nivellierung und der Verschmelzung einerseits, aber auch der Abkapselung und der inneren Ablehnung gegenüber dem Herbergsstaat zu

widerstehen.

Wer nicht nur von Europa spricht, sondern auch danach handelt, für den ist der Streit um die Loyalität längst überholt. Loyalität ist nicht mehr Ziel, sondern selbstverständliche Grundlage eines solchen Handelns, das alle Staatsbürger sowohl im Verhältnis zu ihrem Staat als auch im Verhältnis zueinander, also von Gruppe zu Gruppe, verpflichtet. Der deutsche Nordschleswiger, zugleich als dänischer Staatsbürger, hat frühzeitig diesen ihm auferlegten Auftrag erkannt. Er kann sich auch durch Erschwernisse des Alltags hindurch von diesem geschichtlichen Auftrag nicht mehr lösen.

## II

Wir kommen an diesem Tag nicht mit dem gravitätischen, feierlichen Gesicht des Gratulanten, als ob wir zu einem Geburtstag einer sehr geachteten, verehrten, aber doch schon sehr betagten Persönlichkeit gingen, für die wir nach außen große Bewunderung zeigen, für die aber dann doch das Mitleid spürbar ist. Das wäre die schlechteste Gratulation an diesem Tage. Sie brauchen kein Mitleid, Sie brauchen Verständnis. Was Sie aber am meisten brauchen, ist die Gewißheit, daß Sie von uns gefordert sind, denn Sie sind nicht Statisten in einem Freilichtmuseum. Der Bund deutscher Nordschleswiger ist kein Naturschutzpark und kein Landschaftsschutzgebiet. Sie stehen im vollen Wind der Geschichte, und wir wünschen nur das eine, daß Sie immer den Wind der geistigen und kulturellen Auseinandersetzung suchen und sich damit der Aufgabe stellen wollen, in diesem Land als deutsche Nordschleswiger, als loyale dänische Staatsbürger und als bewußte Europäer zu verharren. Damit verbinden wir mit unseren Glückwünschen zum Deutschen Tag 1967 eine Forderung an Sie:

Mögen Sie nicht nur Ihr kameradschaftliches Zusammenleben, das Sie sich durch alle Krisen vorbildlich bewahrt haben, als unabdingbare Grundlage Ihres politischen Handelns sich erhalten;

mögen Sie nicht nur die Ihnen zugewiesene geschichtliche Aufgabe als deutsche Volksgruppe lediglich betrachtend erfüllen, sondern

bleiben Sie und werden Sie überzeugende Mittler deutschen Denkens und deutscher Geisteswissenschaft *unserer* Zeit.

*Alles, was sich in diesem Bereich vollzieht, darf nicht an der Grenze haltmachen, oder anders gesagt, Sie dürfen sich nicht darauf beschränken, an der Grenze dieses Erbe entgegenzunehmen. Sie müssen Deutschland in Deutschland selbst immer wieder suchen und — so diffus manche Erscheinungsformen heute bei uns auch sein mögen — die wahre und echte Substanz erkennen und durch so viele persönliche Kontakte wie möglich über die Grenze hinaus durch die Mauern der eigenen Institutionen hindurch den Rhythmus unserer Zeit greifen und begreifen.*

*So werden und bleiben Sie in einer Zeit, die mit unermeßlicher Geschwindigkeit auch das Antlitz unseres Vaterlandes verändert, wahre, überzeugende und werbende Mittler zwischen hüben und drüben; so erfüllen Sie als Kündler unserer Zeit den Ihnen gestellt europäischen Auftrag.*

### III

In diesem ihrem Tun, dem wir eine sehr ernste und wichtige politische Bedeutung beimessen, finden Sie die volle Unterstützung der Bundesrepublik, der Bundesregierung und der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Auch Sie sind in den letzten Monaten nicht von dem kalten Wind der Umstellung der öffentlichen Finanzen und der damit zwangsläufig verbundenen Einsparungsmaßnahmen verschont geblieben. Das ist für uns alle hart, aber auch wir, auch Sie müssen und können damit fertig werden. In dem gerechten Anspruch auf die Würdigung Ihrer Arbeit auf der Bundesebene und der Zuweisung der notwendigen Mittel, die die Chancengleichheit verwirklicht, werden Sie die tatkräftige Unterstützung der schleswig-holsteinischen Landesregierung finden. Ich meine, wir haben das in der letzten Zeit bewiesen.

Wir in Schleswig-Holstein sind eine offene Sprache gewöhnt. So sage ich hier, daß, als Anfang des Jahres die ersten alarmierenden Nachrichten von Sparmaßnahmen aus Bonn kamen, wir ernsthaft besorgt waren, daß das mehr als eine Einsparung bedeutete, daß das einen Wandel der Politik darstellen könnte. Und wir haben unsere Besorgnis offen ausgesprochen.

Ebenso muß aber auch heute nach vielfachen Besprechungen und Verhandlungen festgestellt werden, daß Sie überzeugt sein können, daß an der Spitze des Gesamtdeutschen Ministeriums ein Mann steht, der national und europäisch verantwortlich zugleich die politische Aufgabe, die sich dem Schleswiger Raum diesseits und jenseits der Grenze stellt, erkennt und danach handeln wird. Auch das offen zu bekennen ist schleswig-holsteinischer Brauch.

Für die Landesregierung schließlich bedarf es keines Wortes. Sie ist mit Ihrer Arbeit aufs engste verbunden. Nicht nur, daß wir einen Ministerpräsidenten haben, der als geborener Schleswig-Holsteiner in ganz besonderer Weise diesem Land, der Geschichte der Vergangenheit und dem Auftrag der Zukunft verbunden ist.

Wir sind uns darüber im klaren, daß sich letzten Endes die politische Berechtigung unserer Funktion als Landesregierung von der Aufgabe ableitet, diesem Raum zwischen Elbe und Krusau wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedeutung zu verleihen und Entwicklungschancen zu geben. Das heißt, die Landesregierung sieht es als ihren besonderen politischen Auftrag an, diesen Raum politisch so aufzuwerten und so zu

festigen, wie es für die durch ihn zu vollziehende Verklammerung von Dänemark und Deutschland oder, weiter gespannt, von Mittel- und Nordeuropa notwendig ist. Das ist unser Auftrag, der geschichtlich bedingt ist und in die Zukunft weist und der über die vielfachen Alltagsorgen unseres Landes hinausgeht.

Dieser Auftrag beinhaltet zugleich und wesensnotwendig die finanzielle, organisatorische und innere Verbundenheit mit der Arbeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Er bedeutet die besondere Verbundenheit mit Ihnen allen, die Sie persönlich und in Ihren Familien sich dieser Aufgabe als deutsche Nordschleswiger gestellt haben und die Sie heute nachmittag hier durch Ihr Zusammensein am Deutschen Tag Ihre Verbundenheit und Geschlossenheit untereinander und mit uns bekunden.

## Der volklich-kulturelle Wettbewerb geht weiter

Zur Lage an der deutsch-dänischen Grenze sprach Harro Marquardsen, der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, in der Gemeinschaftsveranstaltung des Deutschen Tages 1967 in Sonderburg. Ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen bringen wir seine Rede nachstehend im Wortlaut.

Unsere deutsche Volksgruppe ist ein wesentlicher Bestandteil des Grenzlandes. Ohne diese Volksgruppe würde das besondere Gepräge des Grenzlandes verlorengehen. Wir Heimdeutschen in Nordschleswig sind ein Teil der geschichtlichen Entwicklung unseres Landes. Wir haben hier eine Tradition zu wahren. Unsere Arbeit ist aber nicht nur durch diese Tradition bestimmt. Sie hat natürlich in erster Linie mit der Gegenwart zu tun. Sie ist im höchsten Grade aktuell.

Diese Feststellung möchte ich hier an den Anfang stellen. Wenn ich hier von „aktuell“ rede, so denke ich nicht nur an die Wiederaufbauarbeit in der Volksgruppe nach dem zweiten Weltkriege. Diese Wiederaufbauarbeit ist ja auch heute noch nicht abgeschlossen. Die Entwicklung ist ständig im Fluß. Und wir müssen mit dieser Entwicklung Schritt halten.

Unsere Arbeit ist aber auch aktuell, wenn wir an das ganze Grenzland zwischen Eider und Königsau denken. Und schließlich hat unsere Arbeit auch etwas mit den Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark zu tun. Hier gibt es Zusammenhänge, die für uns von Bedeutung sind, aber auch für die beiden benachbarten Völker und Staaten. Alles das hat etwas zu tun mit unserem Wohnsitz an der Grenze, mit unserer deutschen Gesinnung und unserem dänischen Paß.

\*

Zunächst ein Wort zur Entwicklung in der Nachkriegszeit. Ich möchte hier zwei Ereignisse besonders hervorheben.

Punkt 1: Am 22. November 1945 wurde der Bund deutscher Nordschleswiger gegründet. Das war zu einer Zeit, als keine Verbindung über die Grenze herüber bestanden.

Punkt 2: 1947 erhielt die dänisch-orientierte Bewegung in Südschleswig bei der Landtagswahl annähernd 100 000 Stimmen. Das hängt natürlich mit den Verhältnissen in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren zusammen. Wir dürfen heute feststellen, daß wir durch unsere Existenz damals mit dazu beigetragen haben, daß die Entwicklung südlich der Grenze wieder aufgefangen

wurde. Das ist die Zeit, in der von der Volksgruppe als „Insel der Treue“ die Rede war.

Umgekehrt haben wir dann auch in den kommenden Jahren bei unserer Wiederaufbauarbeit wichtige ideelle und materielle Hilfe vom Süden bekommen. Die Kontakte über die Grenze herüber sind im Laufe der Jahre stark ausgebaut worden. Das beweist ja auch die Teilnahme der vielen Gäste vom Süden an unseren Deutschen Tagen. Wir sind dankbar für diese Kontakte. Wir können sie auch gar nicht entbehren.

In erster Linie kommt es zwar immer auf unseren eigenen volklichen Willen an. Dann aber auch auf die Hilfe, weil wir ja als kleine Gruppe nicht alles aus eigener Kraft meistern können. Ich sehe die Sache so, daß wir gegenseitig auf Solidarität und Zusammenarbeit angewiesen sind.

\*

Dann ein Wort zu den deutsch-dänischen Beziehungen: Wir Deutschen in Nordschleswig freuen uns darüber, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark sich inzwischen günstig entwickelt haben. Nun dürfen wir unsere eigene Bedeutung selbstverständlich nicht überschätzen. Ich glaube aber doch, daß wir diese gute Entwicklung zwischen den Staaten durch die Politik des Bundes deutscher Nordschleswiger im Grenzland auf jeden Fall erleichtert haben. Die großen und die kleinen Dinge haben doch etwas miteinander zu tun. Und die Verhandlungen über die Zusammenarbeit der Bundesrepublik und Dänemark in der NATO fallen zeitlich ziemlich zusammen mit den deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen im März 1955.

Mehr will ich hierzu nicht sagen. Durch diese Minderheitenerklärungen vom 29. März 1955 kamen wir im Grenzland ein ganzes Stück weiter.

Und damit sind wir dann bei der Frage unserer Stellung zum dänischen Staat. Diese Stellung läßt sich sehr einfach formulieren.

Der dänische Staat ist auch unser Staat. Wir bekennen uns selbstverständlich zum Selbstbestimmungsrecht, das hat aber für uns nichts mit der Grenze zu tun. Wir isolieren uns nicht, sondern wir arbeiten mit, wo wir eine Möglichkeit dazu haben. Als Beispiel für unsere Mitarbeit nenne ich hier die Kommunalpolitik. Hier stehen wir mitten in einer Kommunalreform, die uns alle unmittelbar angeht. Unsere Kommunalvertreter haben hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Hier sind wir also mit dabei.

Ungelöst ist dagegen für uns das Problem der Mitarbeit im Folketing in Kopenhagen. Worum dreht es sich da? Zunächst gibt es viele Gesetze und Gesetzesvorlagen, durch die unsere speziellen Interessen als Volksgruppe berührt werden. Ich könnte hier z. B. Schulgesetze, Kindergärten- und Büchereigesetze nennen. Wir verhandeln ja gerade über einen Staatszuschuß für das deutsche Büchereiwesen, weil das dänische Büchereigesetz die Existenz

einer Volksgruppe nicht berücksichtigt.

Dann gibt es viele Gesetze, die speziell für das Grenzland von Bedeutung sind, z. B. über die Regionalförderung. Und schließlich sind wir genauso wie alle anderen Staatsbürger an der allgemeinen Gesetzgebung interessiert. Der Weg zu dieser Mitarbeit im Parlament ist aber durch die Sperrklausel verbaut. Auf jeden Fall hätten wir 1964 ohne Sperrklausel noch einen Abgeordneten erhalten. Nun haben wir zwar den Kontaktausschuß für unsere Verhandlungen in Kopenhagen. Und dieser Ausschuß hat sich als Übergangslösung durchaus bewährt. Er kann aber keinen parlamentarischen Vertreter ersetzen. Die Delegiertenversammlung in Tingleff, Anfang Oktober, hat die Kontaktausschußmitglieder daher beauftragt, wegen einer Wahlrechtsreform zugunsten der Volksgruppe erneut vorstellig zu werden.

In dieser Verbindung müssen wir die dänischen Parteien daran erinnern, daß sie sich 1954/55 in sehr scharfer Form im Folketing für die Aufhebung der Sperrklausel zugunsten der dänischen Minderheit in Südschleswig eingesetzt haben. Auch hier ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Stellung der beiden Volksgruppen einander angeglichen wird. Man sagt hier zwar, daß die dänische Wahlgesetzgebung ohnehin die kleinen Parteien begünstigt. Sperrklausel bleibt aber Sperrklausel. Diese Klauseln sind gegen Splitterparteien gerichtet. Es kann aber nie richtig sein, Minderheitenparteien mit solchen Splitterparteien in einen Topf zu werfen.

Hinzu kommt, daß vielleicht doch auch der Staat ein Interesse daran hat, daß die Minderheit im Parlament mitarbeitet. Eine Minderheit ist ja im Staat kein Fremdkörper mehr. Die Minderheit ist ein Bevölkerungsteil, der ebenso positiv zum Staat eingestellt ist wie die übrige Bevölkerung. Auch das sollte man von Staats wegen berücksichtigen. Das würde meiner Meinung nach den Minderheitenerklärungen vom März 1955 entsprechen.

Dann noch generell ein Wort zu diesen Minderheitenerklärungen: In der Erklärung heißt es, daß das volkliche Bekenntnis frei ist und von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden darf. Jeder hat das Recht auf gleiche Behandlung. Keiner darf auf Grund seiner Volkszugehörigkeit benachteiligt werden.

Das ist zunächst einmal eine Programmklärung des Staates. Sie ist darüber hinaus auf das ganze öffentliche Leben anzuwenden. Sie muß sich durch Anweisungen des Staates überall in der Verwaltung nach unten hin durchsetzen. Sie müßte auch sonst überall im Leben zwischen den Mitgliedern der Volksgruppe und Angehörigen der Mehrheit respektiert werden. Es gibt hier aber immer noch Fälle von Furcht vor unterschiedlicher Behandlung. Ich will hier gar nicht untersuchen, ob diese Furcht in allen Fällen wirklich begründet ist. Sie ist aber da. Und wir sollten alle miteinander — Dänen und Deutsche — dafür arbeiten, daß dieser Zustand überwunden wird. Dann haben wir hier an der Grenze ein Stück

Zukunft gewonnen.

Diese Zukunft hat etwas mit Europa zu tun. Das ist nun so oft gesagt worden, daß man es beinahe nicht mehr wiederholen mag. Es ist aber eine Tatsache. Die Welt ist im Zeitalter der Technik und des modernen Verkehrs so klein geworden, daß wir uns eine Zerplitterung nicht mehr erlauben können. Das gilt natürlich zunächst für die Staaten. Diese sind aber schließlich nicht für sich selbst da. Manchmal kann man allerdings den Eindruck bekommen, daß die Staaten mit sich selbst genug zu tun haben. Dann ist aber irgend etwas nicht in Ordnung. In erster Linie geht es um die Völker. Diese Völker sind die Substanz. Um die geht es. Die Völker müssen sich gegenseitig respektieren, gleichzeitig aber Zusammenarbeiten.

\*

Hat diese Entwicklung nun etwas mit der volklichen und kulturellen Arbeit an der Grenze zu tun? Ich meine: ja. Die Zeiten eines Grenzkampfes oder einer harten Auseinandersetzung sind hier bei uns glücklicherweise vorbei. Leider ist das ja nicht überall der Fall. Der volklich-kulturelle Wettbewerb ist keineswegs gegenstandslos geworden. Wer das glaubt, befindet sich in einem Irrtum. Das möchte ich doch all denjenigen sagen, die vor lauter Europabegeisterung dabei sind, den Grund und Boden unter den Füßen zu verlieren. Dieser Grund und Boden ist aber die Volkszugehörigkeit. Und ich möchte hier auch noch die Bindung an die Heimat nennen. Wir müssen ja schließlich wissen, wohin wir gehören. Wir müssen einen Ausgangspunkt haben, von dem aus wir dann in die Zusammenarbeit hineingehen.

Außerdem kommt es ja auch nicht nur darauf an, wie die deutsche Seite zum volklichen und kulturellen Wettbewerb steht. Ebenso wichtig ist die Auffassung der dänischen Seite. Sie ist unser Partner. Die dänische Auffassung liegt aber ganz klar auf der Hand. Man sagt in Dänemark in der ganz überwiegenden Mehrheit sicher „ja“ zur staatlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Dänemark. Gleichzeitig erklärt man aber: Die volklich-kulturelle Arbeit im Grenzland muß über ihren bisherigen Umfang hinaus ausgebaut werden. Man argumentiert und arbeitet also zweigleisig: staatlich und volklich.

Der dänische Standpunkt kann auch so formuliert werden: In dem Maße, wie die Staatsgrenze an Bedeutung verliert, muß die volklich-kulturelle Arbeit verstärkt werden. Diese Auffassung leuchtet durchaus ein. Und es stehen hinter dieser Auffassung nicht nur Worte, sondern es wird auch danach gehandelt. In Dänemark kümmert man sich also verstärkt um das Grenzland nördlich und südlich von Krusau. Das geht auch aus den bekanntgewordenen Zahlen über die Staatszuschüsse an die dänische Minderheit hervor. Das beweisen auch die wieder ansteigenden Mitgliederzahlen in den dänischen Grenzvereinen. Das wird auch unterstrichen dadurch, daß führende dänische Politiker in die Vorstände der Grenzvereine gewählt werden.

Wie sollen wir uns hierzu verhalten? Ganz einfach: Es kommt darauf an, daß wir mit unserer eigenen Arbeit Schritt halten. Wir müssen uns zu beiden Seiten der Grenze rühren. Wir müssen dafür sorgen, daß ein gesunder Wettbewerb erhalten bleibt, von dem dann das ganze Grenzland profitiert. Wir wollen ja doch eine gesunde und gegenseitige Wechselwirkung vom Süden nach dem Norden und umgekehrt. Das läßt sich aber natürlich nicht erreichen, wenn die eine Seite aufbaut, und die andere zurücksteckt. Dann würde die Chancengleichheit der beiden Seiten im Grenzland natürlich verlorengehen.

Über diese Chancengleichheit ist in der letzten Zeit und ja auch heute vormittag diskutiert worden. Sie hat natürlich auch etwas mit der Größe der Beihilfen an die beiden Minderheiten zu tun. Gelegentlich wird nun gesagt: Wenn die dänische Minderheit — sagen wir — 36 Millionen Kronen erhält, müssen wir soundsoviel haben. Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns in dieser Weise an die dänische Minderheit anhängen sollen. Der Ausgangspunkt für uns muß sein: eine sorgfältige Prüfung unseres eigenen Bedarfs.

Leider ist dieser Bedarf auf Grund des Unkostenniveaus steigend. Wir können also nicht verhindern, daß er wächst, auch wenn wir von dem bisherigen Umfang der Arbeit ausgehen. Wir müssen aber auch berücksichtigen, daß unsere Arbeit weiter intensiviert werden muß. Außerdem gibt es Arbeitszweige, in denen wir bisher nicht richtig in Gang gekommen sind. Diese Umstände sind von uns bei der mittelfristigen Finanzplanung sorgfältig zu prüfen und zu berücksichtigen.

Ich freue mich, daß wir vor kurzem Gelegenheit hatten, über diese Probleme auch in Bonn zu sprechen. Natürlich stehen dort die Ost-West-Probleme im Vordergrund. Ich habe aber erneut gespürt, daß unsere Probleme auf starkes Interesse stoßen. Ich meine, daß man die Entwicklung bei uns im Grenzland in einem größeren Zusammenhang sieht.

Ich habe hier vom volklich-kulturellen Wettbewerb im Grenzland und seinen Voraussetzungen gesprochen. Das ist nicht eng auszulegen. Es dreht sich hier um Kulturarbeit im weitesten Sinne. Es geht vor allen Dingen auch um unsere Jugend. Für unseren Nachwuchs haben wir ein gut ausgebautes Schulwesen. Wir sagen: „Unsere Schulen passen gut in unsere Landschaft.“ Es sind gute Grenzlandschulen. Nach der Schulzeit kommt es dann darauf an, den Kontakt zu den jungen Menschen zu behalten und ihnen eine gute Berufsausbildung zu vermitteln. Hier gibt es viele Möglichkeiten südlich und nördlich der Grenze. Das ist ein Plus. Und dieses Plus müssen wir ausnutzen.

Zum Wettbewerb gehört dann schließlich auch noch dazu, daß Regionalförderung südlich der Grenze und „egnsudvikling“ nördlich der Grenze benutzt werden, um eine gesunde Entwicklung im Grenzland zu gewährleisten. Auch hier müssen beide Seiten mit dabei sein. Man soll sich auch ruhig über die Grenze herüber gegenseitig beraten und Zusammenarbeiten. Auf lange Sicht gesehen kommt uns

das allen zugute. Und es erleichtert den Übergang zur EWG. Wir sehen die Probleme dann nicht mehr von dem Grenzstrich her. Dieser trennt uns. Wir stellen jetzt den Grenzraum in den Vordergrund. Dieser verbindet uns. Das läßt sich nun nicht von heute auf morgen erreichen. Glückt es uns aber, dann haben wir etwas getan, was vielleicht auch anderswo von Interesse sein kann. Ich komme hier noch einmal auf die Minderheitenerklärungen vom März 1955 zurück. Auch diese haben ja über das Grenzland Schleswig hinaus Beachtung gefunden. Wege, die wir einschlagen, können also vielleicht auch anderswo verwertet werden. Das wäre natürlich eine gute Sache. Entscheidend bleibt aber für uns in erster Linie die deutsche Volkszugehörigkeit und dann unser Werktag in Nordschleswig im dänischen Staat.

---

## DER WETTBEWERB IM GRENZLAND

*Die Minderheitenordnung, die Deutschland und Dänemark in ihrem gemeinsamen Grenzland geschaffen haben, wird allgemein als vorbildlich und als europäischer Modellfall bezeichnet. Das ist sicherlich richtig. Sie ist ohne Zweifel eine der Grundlagen der guten deutsch-nordischen Beziehungen. Ein solcher Modellfall hat natürlich seinen Preis, auch wenn er unvergleichlich niedriger ist als die Opfer, die an unruhigen Grenzen wohl oder übel gebracht werden müssen.*

„Der Nordschleswiger“ am 25. Juli 1967

Men kom dog, Amalie!  
Vil du ikke også se vores egne vindver.  
*(Aber komm doch, Amalie!*  
*Willst du nicht auch unsere eigenen Fenster sehen?)*  
C. Hostrup in dem Roman „Gjenboerne“

*Zu der dänischen Buchveröffentlichung „Vores egne vindver“  
und ihrem Presseecho*

ERNST BEIER

## Durch die Fenster des Nachbarn gesehen

POUL KÜRSTEIN (Vores egne vindver): ... die Grenzfriedenshefte eine der besten Quellen, durch die man sich in deutscher Sprache über dänische Verhältnisse orientieren kann. — NIELS BÖGH ANDERSEN (Flensborg Avis): ... da man im voraus durch vorhandene Ressentiments davon ausgeht, daß man hier abermals einer „Gummigeiß-Grenzlandliteratur“ gegenübergestellt wird ... Man liest, weil man muß. Man liest weiter, und das Buch fesselt ... — BERNHARD HANSEN (Fåborg Avis): Viele werden vielleicht im voraus meinen, daß wir dafür jedenfalls weder Verwendung noch Interesse haben. Es gibt für uns alle ja so vieles, das bekämpft und niedergehalten werden muß, ehe wir uns ohne Vorbehalt mit „dem Feind“ an einen Tisch setzen können ... — \*\*\* (Sønderjyden): Man kann fast im Namen der ganzen Nation wegen der kleinen Zeitschrift mit dem Namen „Grenzfriedenshefte“ — die einzige wirkliche Stätte für einen laufenden dänisch-deutschen Dialog über politische, soziale, wirtschaftliche und besonders kulturelle Themen — ganz neidisch werden ... — PAUL KOOPMANN (Flensburger Tageblatt): Die Herausgabe dieser deutschen Aufsätze in dänischer Sprache ist nicht weniger als ein Ereignis ... Es ist ein Politikum.

„Vores egne vindver“ ist ein Novum, es ist ein Buch besonderer Art. Elf Aufsätze aus den Grenzfriedensheften, erschienen in den Jahren zwischen 1953 und 1967, wurden auf Anregung des dänischen Generalkonsuls Troels Fink von dem Leiter der Studiefdeling Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Poul Kürstein, aus der Vielzahl der in diesem Zeitraum erschienenen Aufsätze ausgewählt und mit einem die Grenzfriedenshefte, ihre Herausgeber und Autoren charakterisierenden Vorwort versehen. Die Übertragung ins Dänische besorgte Herluf Hansen. Die Taschenbuchausgabe erschien Anfang Oktober im dänisch-südschleswigschen Skandia Forlag Flensborg und wurde der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz als Neuerscheinung besonders vorgestellt.

\*

Man beachte: Eine von einer *deutschen* Grenzorganisation für *ihre* Interessen und Ziele herausgegebene Zeitschrift wird von *dänischer* Seite für so bedeutsam gehalten, daß man eine Reihe der in ihr erschienenen Aufsätze zu einer den eigenen, *dänischen* Interessen dienenden, für *dänische* Leser bestimmten, ins *Dänische* übertragenen Publikation zusammenstellt und unter dem eigenwilligen, poetischen Titel „Vores egne vindver“ („Unsere eigenen Fenster“) herausgibt.

Das Erscheinen dieses Taschenbuches hat begreiflicherweise in der dänischen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Während unser dänischer Nachbar in „Vores egne vindver“ durchs deutsche Fenster sich selber sieht, können nun umgekehrt wir Deutschen auf dem Wege über die dänischen Pressestimmen uns durchs dänische Fenster betrachten. Das ist sehr interessant für uns und sehr lehrreich zugleich.

Dabei ist freilich zu bedenken, daß „Vores egne vindver“ nicht alles zeigen, was durchs deutsche Fenster zu sehen ist, denn die Auswahl der Aufsätze ist eine begrenzte und unter dänischen Gesichtspunkten getroffen worden. Hierauf wird in den Besprechungen mehrfach hingewiesen und festgestellt, daß die Auswahl ja nicht die ganzen Grenzfriedenshefte seien, sondern nur ein begrenzter Blick durch einen Fensterflügel, während der andere dem Blicke gar manches freigeben würde, das weniger erfreulich sei, die Grenzfriedenshefte und ihre Initiatoren nicht so freundnachbarlich, sondern deutsch-grenzkämpferisch erscheinen lasse. Auch Poul Kürstein, der Herausgeber, hat dies, bei aller Sympathie für die Grenzfriedenshefte, in seinem Vorwort angedeutet: „Es hat daher auch einiges in den Grenzfriedensheften gestanden, worüber die Dänen keinen Grund hatten, sich zu freuen. Es hat jedoch keinen Sinn, solches aufzufrischen, und erst recht nicht in der vorliegenden recht engen Auswahl.“

\*

Vielleicht erwartet man, daß zu diesem Punkte in den „Grenzfriedensheften“ etwas gesagt wird — und so sei es denn: Der Grenzfriedensbund ist eine *deutsche* Grenzorganisation, er vertritt also *deutsche* Interessen und einen *deutschen* Standpunkt in den Fragen des schleswigschen Grenzraumes. — Das muß aber nicht heißen und heißt weithin auch nicht, daß dies im Gegensätze zu dänischen Belangen geschieht und geschehen muß. Ganz im Gegenteil: Es geht um die *beiderseitigen* Voraussetzungen und Grundlagen für ein gutnachbarliches Zusammenleben hier an der Grenze, ein Zusammenleben, bei dem es eigentlich zur guten Nachbarschaft gehört und mehr oder weniger selbstverständlich ist, daß man auch einmal durch des Nachbarn Fenster schaut, ohne bei dem Blick auf die eigenen nun erröten oder gar erschrecken zu müssen.

\*

Der Grenzfriedensbund hat seine selbstgestellte Aufgabe von Beginn an von zwei Seiten her angepackt, die untrennbar miteinander verbunden sind. Die eine ist,

wenn man es so nennen will, eine „innenpolitische“, die Besinnung auf ein Deutschtum, das sowohl vor der besseren Vergangenheit als auch gegenüber der Gegenwart und im Rahmen eines werdenden Europas bestehen kann. Es sei dazu der erste Satz der Grundsatzklärung des Grenzfriedensbundes aus dem Jahre 1950 hier wiederholt: „Der Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande (Grenzfriedensbund) will in europäischem Geiste deutsche Kulturarbeit im Grenzlande pflegen ... — das ist die eine Seite, die andere ist die „außenpolitische“: „...ein friedliches Nebeneinander von deutschem und dänischem Volkstum fördern und zur Verständigung mit dem dänischen Volke einen Beitrag leisten.“

Das sind die beiden Seiten ein und derselben Sache: die Besinnung auf das, was man selber ist und sein will und das Gespräch mit dem Nachbarn darüber, wie man unter diesen Prämissen miteinander leben und auskommen kann.

\*

Wir laden unseren dänischen Nachbarn ein, ganz genau durch beide Fensterflügel zu sehen, sich durch Blindstellen und eventuelle Schmutzflecken nicht beirren zu lassen, und glauben, daß die Sicht dann frei ist auf einen deutschen Grenzverein, der deutsch und europäisch zugleich, der zeitnah und für Zukünftiges aufgeschlossen, gut nachbarlich gesinnt und für ein gegenseitiges Gespräch jederzeit zu haben ist.

\*

Nachstehend bringen wir das Vorwort aus „Vores egne vindver“ mit der Charakteristik der „Grenzfriedenshefte“ in deutscher Übersetzung und etwas gekürzter Form, dazu kurze Auszüge aus den uns vorliegenden Pressestimmen. Wir können nun also auch „vores egne vindver“ sehen und freuen uns, daß wir nicht gar so unfreundlich aussehen.

*Die „Grenzfriedenshefte“ durch „Vores egne vindver“ gesehen*

POUL KÜRSTEIN

schrrieb ein Vorwort zu dem Buche

Ein Kreis von Männern, die vornehmlich aus der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein hervorgegangen sind, gründeten nach dem Kriege den Grenzfriedensbund, einen Grenzverein, der seine vielfältigten Grenzfriedensbriefe verschickte. Seit

Februar 1953 erschienen sie als eine Vierteljahreszeitschrift

Grenzfriedenshefte, ein Name, der sich zwar nicht unmittelbar ins Dänische übertragen läßt, der jedoch andererseits auch von des Deutschen nicht kundigen Lesern leicht zu verstehen ist.

Es ist für die Hefte sehr bezeichnend, daß das erste Heft von der Buchausstellung von Werken zur Geschichte Südjütlands und Holsteins handelte, die 1952 gemeinsam von

Flensborghus Bogsamling, der jetzigen Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg und der Stadtbücherei Flensburg durchgeführt wurde. Das heißt, daß Dr. Johannsen, der Leiter der Stadtbücherei, von Anfang an sowohl bei der Planung der Buchausstellung, die etwas ganz Neues und Überraschendes in jener Zeit durch ihre deutsch-dänische Zusammenarbeit bedeutete, als auch als derzeitiger Redakteur der Grenzfriedenshefte die tragende Kraft war, so wie es auch kein Zufall ist, daß er eine Mittelpunktfigur der Flensburger Tage gewesen ist, jener dänisch-deutschen Begegnungen, die seit 1954 in ganz besonderem Maße Ausdruck deutsch-dänischen Gesprächs im Grenzland gewesen sind. Er war es auch, der die Initiative zur Herausgabe der beiden Bücher „Dänemark, unser Nachbar im Norden“ und „Tyskland, vor nabo mod syd“ (1960) ergriff.

Das besondere Gepräge der Zeitschrift wurde schon in dieser ersten Nummer dadurch hervorgehoben, daß man gleich dänische Verfasser als Gegenpole zu den deutschen hinzuzog. Prof. Fink erschien gegenüber Prof. Scharff, Overbibliotekar Glahn gegenüber Bibliothekar Dr. Johannsen.

Nach der Herausgabe nur weniger Hefte hatte die Zeitschrift die ihr gemäße Form gefunden. Die folgenden Hefte enthielten z. B. den Wortlaut sowohl der Kieler Erklärung von 1949 als auch des Kopenhagener

Protokolls aus demselben Jahre. Von da ab ist die Dokumentation wichtiger Themen ein ausgeprägtes Charakteristikum der Grenzfriedenshefte gewesen.

Von Anfang an traten kulturelle, soziale und wirtschaftliche Themen mehr in den Vordergrund als die Politik im engeren Sinne, was jedoch nicht das Erscheinen rein historischer und literarischer Abhandlungen jeglicher Art und auch solcher Dinge, die im Augenblick von Bedeutung sein konnten, verhindert hätte. Diese allgemeine Sicht hat es mit sich gebracht, daß in den Heften auch Aufsätze enthalten sind, die nicht unmittelbar mit den Grenzverhältnissen zusammenhängen, die aber allgemeinkulturelle und soziale Züge der Zeit aufzeichnen. Die Grenzfriedenshefte sind in nicht geringem Maße eine allgemeinkulturelle Zeitschrift. Gelegentlich hat die Redaktion den Blick vom engeren Grenzgebiet nach Europa gewandt und z. B. einen Einblick in das Schulwesen gemischtsprachlicher Gebiete unseres Weltteils gegeben. Die Kenner der Verhältnisse an der dänisch-deutschen Grenze werden bemerken, daß die Leitung der Zeitschrift es vermocht hat, auffallend viele Federführende des Grenzlandes für die Grenzfriedenshefte zu gewinnen. Deutsche Verfasser sind wohl in der Mehrzahl, aber mehrere von ihnen haben über dänische Verhältnisse

geschrieben, und nicht wenige hervorragende dänische Verfasser haben im Laufe der Zeit Beiträge geliefert, so daß die Grenzfriedenshefte jetzt eine der besten Quellen sind, durch die man sich in deutscher Sprache über dänische Verhältnisse orientieren kann.

Von den zahlreichen deutschen Äußerungen über das Leben im Grenzland gehören wohl Oberregierungsrat Axel Henningsens Erinnerungen zu den bedeutendsten, sowohl was den Umfang als auch den Wert betrifft. Sie umfassen ein ganzes Heft und sind auch als selbständiges Buch 1958 unter dem Titel „Aus einem Leben in zwei Kulturen“ erschienen. Hier und anderenorts hat der Verfasser seine Idee von der Zweiströmigkeit entwickelt. Dieser Gedanke, daß viele Menschen im Grenzland von zwei Strömen, einem dänischen und einem deutschen Kulturstrom, geprägt sind, ist zwar schon vorher ausgesprochen worden — von Erich Schlaikjer und Otto Scheel — aber es ist kein Zufall, daß er in den Grenzfriedensheften, die ganz bewußt versuchen, beiden Strömen gerecht zu werden, aufs neue zum Ausdruck gebracht und geformt wurde.

Darüber hinaus und nebenher sind die Grenzfriedenshefte auch ein Mitteilungsblatt für den Grenzfriedensbund, und man kann nun einmal nicht dänische oder deutsche Grenzarbeit betreiben, ohne mit dem Gegenpol uneinig zu sein. Es

hat daher auch einiges in den Grenzfriedensheften gestanden, worüber die Dänen keinen Grund hatten, sich zu freuen. Es hat jedoch keinen Sinn, solches aufzufrischen, und erst recht nicht in der vorliegenden recht engen Auswahl.

Obwohl man von vornherein einräumen muß, daß jede Auswahl zu guter letzt von der Meinung des Herausgebers abhängt, darf man doch trotz alledem hoffen, daß die vorliegende Auswahl ein einigermaßen umfassendes Bild dieser interessanten Zeitschrift vermitteln kann.

NIELS BØGH ANDERSEN

„Gummigeiß-Grenzlandliteratur?“

Wenn man an sonnendurchwärmten Felsenabhängen unter sanftwedelnden Palmen entlangwandert, kann man sich eines beginnenden Unbehagens nicht erwehren bei dem Gedanken, daß man sich verpflichtet fühlt, die neue Publikation der Studienabteilung „Vores egne vinduer“ zu lesen, da man im voraus durch vorhandene Ressentiments davon ausgeht, daß man hier abermals einer „Gummigeiß-Grenzlandliteratur“ gegenübergestellt wird. Man postuliert den alten Slogan: Man merkt die Absicht und man wird verstimmt. Ja, so ist man nun einmal ...

In der Einleitung schreibt der Herausgeber: „In dem vorliegenden Buch hat man auf die Beiträge in der

Zeitschrift ‚Grenzfriedenshefte‘, die dänische Leser interessieren könnten, aufmerksam machen wollen.“ Man hätte vielleicht hinzufügen können: die „in dem richtigen Zeitgeist“ geschrieben sind. Es gibt doch auch Artikel, die man gern mitgehabt hätte, wie z. B. Detlef Hansens „Auf den Spuren der Europakaiser“, oder von demselben Verfasser die eigenartige tagespolitische Beurteilung des Wesens und der Natur des Selbstbestimmungsrechtes, aber mit Recht muß eingeräumt werden, daß solche Artikel nur ein gewisses historisches Interesse haben und nicht unter den Titel der erwähnten Publikation fallen. Man liest, weil man muß. Man liest weiter, und das Buch fesselt.

Nun sagte ich gut und wertvoll. Meine Ressentiments sind nicht verschwunden, aber ich kann sie nicht mehr mit derselben Stärke aufrechterhalten. Die getroffene Auswahl aus den „Grenzfriedensheften“ ist nämlich gute und wertvolle Lektüre. Man kann sich hier sowohl gute Gedanken als wertvolles Wissen verschaffen.

Die beiden wertvollen ersten Aufsätze von Dr. Johannsen sind jedoch in dem Grade von Liebenswürdigkeit, Ästhetizismus und Intellektualismus geprägt, daß man versucht wäre, sie als Predigten für Bekehrte zu bezeichnen. Zum Beispiel ist seine Beschreibung der nordschleswigschen Bürgermeister fast zu Glanzbildern geworden, so daß man gar nicht den

Eindruck erhält, daß es sich um lebendige Menschen auf Gedeih und Verderb handle. Seine Begriffe werden nicht näher definiert, und seine Argumente nähern sich daher dem Abstrakten. Wenn er von Kultur spricht, von den geistigen Werten, die sie schuf und der Innerlichkeit, dann wird man verwirrt. Es ist schwierig, zu dem eigentlichen Gehalt dieser Begriffe vorzudringen. Man könnte versucht sein festzustellen, daß diese Aufsätze in hervorragender Weise psychologische Funktionen ohne eigentlichen Inhalt behandeln. Das führt zu Postulaten wie: „Aber wie die Geschichte gezeigt hat, waren es für den Menschen glückliche Zeiten, als die Kultur den Vorrang hatte.“ Die Pyramiden, die imponierenden Prunkgebäude der Renaissance und die intellektuelle und ästhetische Oberklassengesellschaft des Gesamtstaates sind ja Kultur, ja Hochkultur, aber waren es wirklich für den Menschen gute Zeiten? Seine etwas herabsetzenden Bemerkungen über die nationale Bewegung des 19. Jahrhunderts enthüllen, daß er nicht die menschliche Notwendigkeit dieser Bewegung für die soziale Befreiung hat durchschauen wollen. Die Formulierungen sind oftmals zu hart: „Die früheren Zeiten sind in der Tat vorbei. — Wir singen nicht mehr. — Auf Alsen rauschen die Bäche nicht mehr durch Eichen- und Buchenwälder.“

Die Aufsätze des Doktors sind voller Herausforderungen. Sie irritieren.

Andererseits sind seine kleinen poetischen Naturschilderungen voller Zauber, der das Herz in eigenartiger Weise anrührt.

Hier hat man ein Buch, wo das Schauen Fremder durch unsere eigenen Fenster nun auf eine neue Art unsere eigene Wohnung betrachten läßt.

„Flensburg Avis“

BERNHARD HANSEN

*Weder Interesse noch Verwendung?*

Das Buch gibt also Dänen, die an dem Wohl und Weh unseres Grenzlandes interessiert sind, eine besondere Möglichkeit, die Dinge so anzuschauen, wie sie mit deutschen Augen betrachtet aussehen, also von den Fenstern des Nachbarn aus. Viele werden vielleicht im voraus meinen, daß wir dafür jedenfalls weder Interesse noch Verwendung haben. Es gibt für uns alle ja so vieles, das bekämpft und niedergehalten werden muß, ehe wir uns ohne Vorbehalt mit „dem Feind“ an einen Tisch setzen können.

Nun ja, aber wenn wir in unserer dänischen Arbeit so weit kommen sollen, daß das Pflügen Dänemarks dort unten zur wahren Pflege des Menschenlebens wird, dann folgt nach dem Pflügen erst wirkliches Wachstum, wenn man es sozusagen von der Grenzscheide des Nachbarn aus ohne Zorn oder Verachtung

betrachten kann. Das ist doch wohl unser aller Wunsch? Und dann gilt dies ja auch mit angekehrten Vorzeichen. Gerade dazu sollen uns „Vores egne vinduer“ verhelfen.

Aber lassen Sie uns zunächst die Institution, die hinter den Publikationen steht, den deutschen Grenzverein, dessen deutscher Name „Grenzfriedensbund“ ist, vorstellen. Der Name verrät, daß es sich um einen Nachkriegsbund handelt, aber ebenfalls, daß der Doppelname ein Ausdruck des „Gewehr bei Fuß“ an der Grenze ist und daß „die Bajonette“ mit den Werkzeugen des Friedens vertauscht worden sind. So gesehen, besteht eine gewisse Parallele zu unserem „Grænseforening“, jedoch mit dem Unterschied, daß bei uns der Name nicht etwas so Selbstverständliches wie den Frieden in der Tätigkeit des Vereins enthält, wie es die Deutschen für erforderlich hielten. Ein friedliches Wirken für die dänische Sprache und Kultur in unserem Grenzland ist fast während fünfzig Jahren das ungeschriebene Gesetz des Vereins gewesen.

Nach dieser Präsentation sind wir dann endlich zu dem schon erwähnten Buch „Vores egne vindver“ vorgedrungen ...

Noch ein Beitrag ist in die Auswahl einbezogen, nämlich von Jens Nydahl, Landesdirektor in Kiel nach 1945, insbesondere für südschleswigsche Fragen.

Jens Nydahl war Nordschleswiger, geboren im Kirchspiel Tingleff zu einer

Zeit, als Deutsch das Kardinalwort war. Manchmal stellte man sich die Frage, ob Jens Nydahl nicht sich hätte freier entfalten können als heimatgebundener Nordschleswiger, denn als Schulrat in Berlin, wo er in der Zeit der ersten Republik eine große politische Rolle spielte. Wenn man ihn daraufhin ansprach, kam man nie ganz auf den Grund der Dinge. Ein einzelnes Erlebnis besagt jedoch einiges in seiner Schlichtheit.

Gleich nach 1945 wurde es Jens Nydahl ermöglicht, die Grenze zu passieren, um seine Familie in Bajstrup bei Tingleff zu besuchen. Als wir dorthin fuhren, bemerkte ich eine deutliche Veränderung in seiner sprachlich gemischten Sprechweise; das Dänische erhielt immer mehr Übergewicht, je mehr wir uns Bajstrup näherten. Und die Auslösung kam wie ein fast kindliches Erlebnis, als er seine Schwägerin, die an der Gartenpforte stand, mit einem unverfälschten „Go-daw! Ka-trine!“ begrüßte, und die natürlich mit einem „Na ... Go-daw! Jens!“ antwortete. Ja, dies nur in Klammern — Verzeihung, es ergab sich ganz natürlich.

Aber das Buch legt, in dem, was es zu sagen hat, Seite für Seite ein Zeugnis dafür ab, daß ein Grenzland etwas anderes und mehr bedeutet, als Traktate und Paritäten. Es ist ein Gemüt und hat in guten und schlechten Tagen seine eigene Stimmung.

„Fåborg Avis“

\* \* \*

*Man kann fast neidisch werden ...*

Man kann im Namen der ganzen Nation fast ganz neidisch werden wegen der kleinen Zeitschrift mit dem Namen „Grenzfriedenshefte“ — die einzige wirkliche Stätte für einen laufenden dänisch-deutschen Dialog über politische, soziale, wirtschaftliche und besonders kulturelle Themen.

Es ist der deutsche (und heimdeutsche) Dialogteilnehmer, der in dem Buch („Vores egne vinduer“) zu Worte kommt, und das ist ganz natürlich, wenn wir doch in unsere eigenen Fenster hineinschauen sollen. In einem vorzüglichen Vorwort erzählt Poul Kürstein (der Herausgeber der Auswahl) über die Zeitschrift: jene Männer und jene Organisation, die dahinterstehen — über den Grenzfriedensbund, der von den deutschen Sozialdemokraten nach dem Krieg gestartet wurde, um für den Frieden im Grenzland zu wirken und um Familien, die in Schwierigkeiten geraten waren, zu helfen. Es war der Geist des sozialdemokratischen Grenzabkommens von 1923 zwischen Stauning und dem Deutschen Wels, der wieder ins Leben gerufen wurde, und in diesem Geist wirkt der Verein immer noch, obwohl nicht alle, auch nicht der jetzige Vorsitzende, der Sozialdemokratie angehören.

Es waren die Männer des guten Willens, die von dem nun verstorbenen

Landesdirektor Jens Nydahl aufgerufen wurden.

Zu ihnen gehörte der erste Redakteur der Zeitschrift und der jetzige Vorsitzende des Vereins, Bibliotheksdirektor Dr. H. P. Johannsen, Flensburg, über den Kürstein schreibt, daß der auffallendste deutsche Zug sein Dokortitel ist — und die Tatsache, daß er ihn trägt. Dr. Johannsen ... ist der spiritus rector in den Bestrebungen deutsch-dänischer Zusammenarbeit u. a. durch die „Flensburger Tage“, durch Ausstellungen und Herausgabe von Büchern.

„Sønderjyden“

PAUL KOOPMANN

*Die Herausgabe ist ein Politikum!*

Diese Publikation ist ohne große Vorankündigung dem dänischen Leser präsentiert worden. Sie wendet sich also unmittelbar an den Dänen und nicht an uns Deutsche. Und doch hat sie auch uns etwas zu sagen. Die Herausgabe dieser deutschen Aufsätze in dänischer Sprache ist nichts weniger als ein Ereignis. Das besagt schon das Motto aus Hostrups „Nachbarn“ („Genboer“), das Kürstein gleichsam als Appell an das dänische Volk seiner Schrift vorausschickt: „Aber komm doch, Amalie! Willst du nicht auch unsere eigenen Fenster sehen?“

Und welche Fenster sollen gesehen

werden, Was soll dem ganzen dänischen Volk zu sehen ermöglicht werden? Wie Fragen des Grenzlandes und Fragen im Grenzraum bei profilierten Deutschen heute behandelt werden.

Jeder dieser deutschen Autoren beschäftigt sich mit dänischen Lebensfragen oder Grenzlandverhältnissen. In aufgelockerter Form ist die Auswahl der Aufsätze getroffen; da ist keine deutsche Systematik zu finden, da ist aber ein bunter Strauß von Lebensfragen, von Erlebnissen, von Kulturproblemen und historischen Porträts gebunden worden.

Als Deutscher hätte man vielleicht einen anderen Aufsatz des gleichen Autors gewählt, aber das ist gerade das Neue an dieser Zusammenstellung: sie enthält keine Propaganda, weil sie nicht von Deutschen gewollt ist und darum vorsichtig als Bekenntnis gedeutet werden darf.

Wir alle sind davon überzeugt, daß Kontakte geknüpft werden sollen, Brücken zu schlagen sind, aber das glaubwürdig zu tun, ist unsagbar schwer.

Mit dieser kleinen Schrift haben wir aber etwas Glaubwürdiges in der Hand. Wenn ein Deutscher diese Aufgabe besorgt hätte, könnte sie als Propaganda hingestellt werden, wenn die dänische Zentralbücherei das aber tut, sagt sie ihren Landsleuten: Seht doch diese Deutschen! Darin liegt wie im einleitenden Motto etwas

Bekennnishaftes. Man möchte gerade die Deutschen auffordern, diese dänische Schrift als Dokument zu erwerben, denn sie ist angetan, im besten Sinne Grenzlandgeschichte zu machen; sie leitet von dänischer Seite die neue Phase im Grenzland ein.

Durch diese Schrift ist fast unauffällig sichtbar geworden, daß sich ein echter Wandel im Grenzland anbahnt. Die Herausgabe dieser Aufsätze ist ein Politikum.

„Flensburger Tageblatt“

---

### VORES EGNE VINDVER

Elf ausgewählte Artikel aus der Zeitschrift „Grenzfriedenshefte“

Herausgegeben von Poul Kürstein / Ins Dänische übertragen von Herluf Hansen  
192 Seiten, illustriert, Preis 10 DM

SKANDIA FORLAG FLENSBORG

Im gleichen Verlag ist erschienen die im Grenzfriedensheft 3/1967 besprochene Biographie von A. D. Jørgensen, verfaßt von Lorenz Rerup. 160 S., illustriert, geb. 8 DM

## Als die Schleswig-Holsteiner Preußen wurden

### *Die Einführung der preußischen Verfassung in den Herzogtümern 1867*

Der Verfasser der nachstehenden Darstellung über die geschichtliche Bedeutung der verwaltungsmäßigen Eingliederung Schleswig-Holsteins als Provinz des Königreichs Preußen und damit auch des Geltungsbereichs der preußischen Verfassung für das neuerworbene Gebiet rechnet damit, daß man seiner Auffassung nicht in jedem Punkte zustimmen wird. Es würde ihn freuen, wenn sich gegenteilige Stimmen zum Worte melden und damit eine weithin vergessene Epoche schleswig-holsteinischer Geschichte wieder mehr ins Bewußtsein gerückt würde.

Am 24. Januar 1867 wurden die Herzogtümer Schleswig und Holstein dem Königreich Preußen einverleibt. Die Grundlage hierfür war bereits auf den Tag einen Monat vorher in der Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten mit dem „Gesetz betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der Preußischen Monarchie“ verkündet worden. Im § 2 dieses Gesetzes heißt es u. a.: „Die Preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen im 1. Oktober 1867 in Kraft.“

Damit galten die vielfältigen Garantien der Preußischen Verfassung für unsere Vorfahren bis zu diesem Zeitpunkt nicht, obwohl sie doch Bewohner einer preußischen Provinz geworden waren. Insbesondere galt naturgemäß auch Artikel 62 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 nicht, worin es heißt: „Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich.“ Schleswig-Holstein wurde folglich von den Berliner Ministern bzw. durch den flugs ernannten Oberpräsidenten v. Scheel-Plessen durch Verordnungen regiert. Entsprechendes hat das Deutsche Reich in der letzten Zeit der Weimarer Verfassung mit den Notverordnungen erlebt. Eine Verordnung konnte ohne Kenntnis des Königs oder der beiden Kammern erlassen werden. Auf diesem vereinfachten Wege wurden die wirtschaftlichen und die innenpolitischen Verhältnisse unserer Heimat völlig neu geregelt.

Es sei hier nur auszugsweise auf folgendes hingewiesen: Die Abgangszeugnisse der Höheren Schulen wurden in Preußen anerkannt; das bis dahin völlig unzulängliche Wegewesen wurde neu geregelt; Schleswig wurde mit Fortfall der Zollgrenze nach Holstein dem Deutschen Zollverein angegliedert; man konnte sich nicht mehr vom Militärdienst freikaufen; in Kiel wurde die Oberpostdirektion eingerichtet mit vielen Verbesserungen des Postwesens; das Steuerrecht wurde

dem moderneren preußischen angeglichen; die Justiz wurde von der Verwaltung getrennt unter Einrichtung der Behörde der Staatsanwaltschaft; auf dem innenpolitischen Gebiet wurde die Kreisverwaltung eingeführt.

\*

Als daher am 1. Oktober die Verfassung sozusagen obendrein noch verkündet wurde, nahm kaum jemand Notiz davon. So findet sich in dem Tagebuch des Großvaters des Verfassers lediglich eine ausführliche Bemerkung über seinen militärischen Dienst als gedienter Soldat bei den Preußen, während von der Urgroßmutter der Ehefrau des Verfassers überliefert ist, sie habe auf südjütisch gesagt, die Streichhölzer seien jetzt teurer geworden. Viel schwerwiegender wird die Stellungnahme anderer einfacher Leute auch nicht gewesen sein.

Wie ist das zu erklären? Denn durch das halbe Jahrhundert vor diesem Ereignis hatten die Schleswig-Holsteiner sich intensiv um eine Verfassung bemüht.

\*

Im Anschluß an den Wiener Kongreß, der die Napoleonischen Kriege beendete, richtete Professor Dahlmann als Sekretär der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft eine Eingabe an den König auf Gewährung einer Verfassung, worauf zum mindesten Holstein als Mitglied des Deutschen Bundes einen Anspruch hatte. Die Antwort Frederik VI. lautete der Überlieferung nach „Jeg ved allene“ — richtig übersetzt wohl: Ich kann alleine besser regieren. In der Folgezeit gelangten zahlreiche Petitionen aus der Bevölkerung an den König mit der Bitte um eine Verfassung. Auch diese blieben ohne Erfolg. 1830 wollte dann der Landvogt der Insel Sylt, der frühere Comptoirchef der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen, Uwe Jens Lornsen, eine umfangreiche Petitionsbewegung mit dem Wunsch nach einer Verfassung ins Leben rufen. Er nahm hiervon jedoch Abstand, als die Flensburger für Schleswig nur eine Verfassung *ähnlich* wie diejenige von Holstein erbitten wollten. Darauf schrieb er seine berühmt gewordene Flugschrift „Ueber das Verfassungswerk in Schleswigholstein“. Darin forderte er alles, was später die preußische Verfassung an liberalen Merkmalen enthalten sollte. Über das Verhältnis zu Dänemark aber hieß es: „Laßt uns Hand in Hand als Brüder, jeder in freier, selbständiger Entwicklung, den König an unserer Spitze, der Zukunft entgegen gehen. Nur der König und der Feind sei uns gemeinschaftlich.“ Der Druck dieser Schrift war vom Königlich-Dänischen Zensor Christensen in Kiel genehmigt worden. Trotzdem wurde Lornsen ihretwegen zu einer Festungshaft verurteilt. Es war also auch dieser Versuch fehlgeschlagen.

\*

Lornsen hatte aber die Schleswig-Holsteiner aufgerüttelt, so daß es letztlich seine Flugschrift war, welche die Erhebung von 1848 ausgelöst hat. Diese Bewegung verkündete am 15. September 1848 das „Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer

Schleswig-Holstein“. Diese Verfassung garantierte die Grundrechte, wie wir sie im wesentlichen heute auch haben. Ihre Väter hielten es aber offenbar nicht für völlig ausgeschlossen, daß das dänische Königshaus auch weiterhin den Herzog stellen würde. Es ist nämlich in verschiedenen Artikeln davon die Rede, daß der Herzog zugleich Oberhaupt eines nichtdeutschen Staates sein könnte. Dem stand Artikel 3 der Verfassung nicht entgegen, wonach die Herzogtümer Bestandteil des deutschen Staatsverbandes sein sollten. Denn Holstein hatte seit Jahrhunderten dahin gehört, und dennoch war seit Ripen der dänische König sein Herzog gewesen. Diese Verfassung kam indessen nicht zum Tragen, weil sie kriegerisch nicht durchgesetzt werden konnte. Sie blieb aber unsichtbar im Raum. Das zeigt die Proklamation, die fünfzehn Jahre später Herzog Friedrich am 16. November 1863 verbreiten ließ: „Schleswig-Holsteiner! Von der Überzeugung durchdrungen, daß mein Recht Euere Rettung ist, gelobe ich für mich und mein Haus, zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserem Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundgesetz: die Verfassung und die Gesetze der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beobachten und die Rechte des Volkes aufrecht zu erhalten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort.“ Es fällt hierbei auf, daß der Herzog die in Artikel 34 der Verfassung von 1848 vorgeschriebene Eidesformel in dem Aufruf wiederholte und damit ausdrücklich auf sie Bezug nahm. Diese letzte heimische Verfassungsbestrebung kam wegen der Einverleibung in Preußen nicht zum Zuge.

\*

Die statt ihrer verkündete preußische Verfassung war gut. Sie bot den Staatsbürgern alle Garantien, die auch in der schleswig-holsteinischen Verfassung enthalten gewesen waren. Unsere heutigen Grundrechte waren im wesentlichen in ihr enthalten. Die Gewaltentrennung war durchgeführt. Sie bot das typische Beispiel einer liberalrechtsstaatlichen Verfassung. Mit ihr hatten unsere Vorfahren seit der germanischen Zeit erstmalig wieder Gelegenheit, an der Regierung mitzuwirken, wenn diese Bezugnahme gebraucht werden soll. Es war also das gegeben, was man seit 1816 erstrebt hatte. Und dennoch war man nicht zufrieden. Jedenfalls war man es im Grenzland Schleswig nicht.

An anderer Stelle hat der Verfasser die Ansicht vertreten, daß die Situation ähnlich derjenigen gewesen sei wie bei der Einführung unseres heutigen Grundgesetzes, wo nach einer Zeit der Unterdrückung plötzlich, sozusagen über Nacht, jeder Staatsbürger bis zum letzten Viehirten hin Rechte garantiert bekam, die er zunächst aus Unkenntnis nicht zu gebrauchen verstand. Unsere Vorfahren standen diesem Ereignis offenbar ebenso hilflos gegenüber, wie wir es taten.

Es kommt aber noch etwas hinzu, was an dieser Stelle gesagt sei: Der Gesamtstaat hatte seinen Ursprung *letztlich* in der Wahl von Ripen. Durch die

Jahrhunderte hindurch blieb nun bei den Ständen, und hier insbesondere bei der Ritterschaft, unterschwellig die Erinnerung an die Möglichkeit der Wahl des Herzogs erhalten. Tatsächlich ging diese Möglichkeit im Laufe der Zeit vollständig verloren. Je mehr sie aber schwand, um so stärker wurde die Erinnerung daran. So ist auch die Eingabe von Dahlmann für die Ritterschaft aus dem Jahre 1816 zu erklären. Sie hielt sich für zuständig. Es drehte sich darin zwar weniger um die Person des Herrschers als um die Art seiner Regierung. Immerhin aber wurden gegenüber einem absolutistischen Herrscher, der in einem Teil seines Reiches als einziger Monarch der Erde den Absolutismus für sein Haus durch das sogenannte Königsgesetz verbrieft bekommen hatte, Ansprüche auf Mitbestimmung gerade von der Körperschaft geltend gemacht, die dieses Herrscherhaus seinerzeit gewählt hatte. Der Zusammenhang mit Ripen ist offensichtlich. Dieses war der Anfang. Daran schloß sich im Zuge der allgemeinen Freiheitsbestrebungen die Petitionsbewegung der Bevölkerung an, die sozusagen in einer sehr späten Reaktion auf die Französische Revolution in die Stellung der Stände aufrücken wollte. Aus dieser Sicht sind auch die Bemühungen Uwe Jens Lornsens zu verstehen, der allerdings an den Beginn seiner Flugschrift Ausführungen über die Finanz- und Steuergesetzgebung stellte.

Allen diesen Bestrebungen war eines gemeinsam: nämlich daß der Gesamtstaat unter konstitutionellen Vorzeichen fortgesetzt werden sollte. Man wollte *letztlich* den Gedanken von Ripen nicht aufgeben. Dort war Christian I. gewählt worden, weil ein Krieg mit ungewissem Ausgang über die Zusammengehörigkeit der Herzogtümer vermieden werden sollte. Auf diesem Boden wollte man bleiben. Die Idee des Völkischen und Nationalstaatlichen war hüben und drüben noch nicht ausgereift. Ihre Höhepunkte standen mit Regensburg und Koller noch bevor.

Diesen Boden von Ripen mußten unsere Vorfahren nun verlassen, ob sie wollten oder nicht. Sie verloren damit etwas, was sie realiter schon lange nicht mehr hatten. Jetzt aber wurden ihnen mit der Verkündung der preußischen Verfassung die Fakten klar vor Augen gestellt. Sie konnten die Augen vor unbequem fremden Einflüssen nicht mehr verschließen, wie es insbesondere die Charaktereigenschaft des Schleswigers von der Geest ist, der sich gerne gleich einer Schnecke vor fremdem Gebaren zurückzieht. Man nahm die neue Verfassung also stillschweigend hin, ohne weiter dazu Stellung zu nehmen. Die damit verbundenen Segnungen gingen unseren Eltern und Großeltern erst später auf. Insofern läßt sich eine Parallele zur Einführung des Grundgesetzes ziehen, für das vielleicht auch erst die nächste Generation Dankbarkeit empfinden wird.

\*

Neben Ripen ist in diesem Zusammenhang das zweite überragende Ereignis in der Geschichte unserer Heimat eben die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen. Beide Vorgänge ähneln einander auffallend, da in beiden Fällen die

Bewohner der Herzogtümer unter einen fremden Herrscher gelangten. In Ripen handelte allerdings die Ritterschaft für die Bevölkerung, und nach 1864 tat dieses Bismarck. Er war den meisten unserer Landsleute unheimlich. Aber er hatte richtig erkannt, daß Schleswig-Holstein sich nicht alleine regieren konnte, abgesehen davon, daß Preußen Kiel und die Kanalverbindung zwischen der Nord- und der Ostsee brauchte. Denn die Herzogtümer waren seit 1460 nicht mehr selbständig gewesen. Man hatte hier das Gefühl für großräumiges politisches Denken verloren. Politische Überlegungen beschränkten sich auf eine echte und treue Liebe zum dänischen Königshaus (Pastor Asmussen, Föhr, zu Frederik VI.: „Wir entlassen Dich nicht. Du segnest uns denn“, und viele ähnliche Ausbrüche), wobei allerdings darauf geachtet wurde, daß die heimische Verwaltung heimisch, also nicht dänisch sein sollte. Diese letztere Bestrebung zerschlug Dänemark in einer nicht zu verstehenden Kurzsichtigkeit, und zwar insbesondere in den Jahren nach 1851. Gleichwohl blieb die Anhänglichkeit an das „angestammte“ Königshaus weitgehend erhalten. Der Großvater des Verfassers hat als Soldat bei der Beisetzung Frederiks VII. und der Krönung Christians IX. Spalier gestanden. Er schreibt, daß ihm fast Tränen der Rührung in die Augen gekommen seien. Ja selbst während des Krieges von 1864 schützten schleswig-holsteinische Soldaten den König vor dem Mob in Kopenhagen! Die schleswig-holsteinischen Kreigsteilnehmer von 1864 nahmen auch nach dem Kriege überwiegend den Ehrensold an, den Christian IX. ihnen wie allen Veteranen aussetzte, obwohl sie vom Vaterländischen her — abgesehen von der nördlichen nordschleswischen Bevölkerung — deutsch gesonnen waren.

Das nationalstaatliche Denken war hierzulande selbst jetzt noch nicht voll zum Durchbruch gekommen. Man konnte sehr wohl zur deutschen Nation unter einem fremden Herrscher gehören; und das tat man gerne.

\*

Hiermit war es nach der Einführung der preußischen Verfassung ein für allemal zu Ende. Jetzt konnte man bei den künftigen Wahlen nicht mehr gleichzeitig für den dänischen König und das deutsche Preußen stimmen. Es wurden vielmehr klare politische Entscheidungen gefordert. Die preußische Verfassung verlangte die eindeutige Entscheidung zwischen deutsch und dänisch, und zwar losgelöst von dem romantischen Gefühl der Königstreue und den verschwommenen Vorstellungen von „Dania vom Nordkap bis zur Elbe“. Aus diesem Zwang zur Entscheidung manifestierte sich nach außen hin erkennbar — sozusagen legal — die Vaterlandsiebe je nachdem nach Nord oder nach Süd. Man kann auch sagen, daß die Königsiebe sich je nachdem nach Norden hin zur Vaterlandsiebe verdichtete oder aber nicht.

Es war also — vom Formellen her gesehen — die preußische Verfassung, welche schon die Entscheidung von 1920 vorbereitete, und nicht Art. V des Prager

Friedens, eine Entscheidung, auf die im übrigen Uwe Jens Lornsen auch bereits als Möglichkeit hingewiesen hatte.

Das offizielle Dänemark erklärt heute, daß 1920 für Dänemark ein abschließender Erfolg gewesen sei. Wir Deutsche sagen auch „grænsen ligger fast“.

Deswegen muß man letztlich hüben wie drüben noch heute für die Einführung der preußischen Verfassung dankbar sein, hat sie uns doch den Frieden gebracht.

---

*Der Beginn des Zerfalls und damit unserer Misere fällt mit der Entstehung des modernen Begriffes der Nation zusammen, oder genauer ausgedrückt, mit dem Zeitpunkt, als man zu glauben begann, die eigene und besondere Lebensform eines Volkes könne nur dann zu ungehinderter Ausprägung und Entfaltung gelangen, wenn dieses sich gegen „fremde“ Einflüsse durch eigenstaatlichen Zusammenschluß und hermetische Abschirmung nach außen schützen könne. Es entstand der Begriff des „Nationalstaates“.*

Karl Mitterdorfer

## Sozialdemokratie und Köllerpolitik

### *Ein Beitrag zur grenzpolitischen Haltung der Sozialdemokratie*

Der für nachstehenden Beitrag benützte Briefwechsel ist in seiner Gesamtheit in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ Bd. 92 (1967), S. 129—154, abgedruckt. Nach der Veröffentlichung ist noch der Briefwechsel Gustav Johannsens aufgefunden worden, in dem sich u. a. weitere elf Karten und Briefe Wilhelm Liebknechts befinden. Nach den Briefen Gustav Johannsens an Liebknecht wird noch geforscht.

Die 1962 von H. U. Wehler veröffentlichte Arbeit „Sozialdemokratie und Nationalstaat“ kommt zu dem Ergebnis, daß die Forderung der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie von 1902, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Nordschleswig angewandt wissen wollte, nur taktisch gemeint war. Diese Behauptung kann inzwischen zurückgewiesen werden. Nicht nur dieser Briefwechsel (der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, somit die „private“ Meinung der Beteiligten wiedergibt), sondern auch eine ganze Reihe weiterer Äußerungen bis hin zu der Berner internationalen Konferenz der sozialdemokratischen Parteien von 1919, wo die dänische und die deutsche Partei einen Modellfall zu schaffen versuchten, wie solche Fragen zu lösen sind, liegen vor, die alle das Selbstbestimmungsrecht der Völker für Nordschleswig fordern. Bei genügender Quantität solcher Aussagen werden diese auch verpflichtend, also Qualität.

Aber auch für die dänische Innenpolitik der damaligen Jahre sind diese Briefe (vor allem P. Knudsens) äußerst aufschlußreich. Der bisher veröffentlichte Briefwechsel stammt aus „Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv“ in Kopenhagen.

Die deutsche und die dänische Arbeiterbewegung standen von ihrem Anfang an in engem Kontakt miteinander. Nicht nur in persönlicher und theoretischer Hinsicht, sondern durchaus auch über sachliche Fragen, die die beiden Parteien angingen. Hier spielte die Schleswigfrage eine außerordentlich wesentliche Rolle. Thorvald Stauning<sup>1</sup>, der spätere dänische Staatsminister, schrieb 1921 in einem Aufsatz in der Wochenzeitung der SPD, „Neue Zeit“:

„Die Annexion durchaus dänischer nordschleswigscher Landesteile, das war die Tatsache, mit der die dänische Bevölkerung Bekanntschaft machte und die eine verhängnisvolle Wirkung ausübte, die, wenn auch in sehr geschmälertem Maße,

bis auf den heutigen Tag zu spüren ist. Es waren aber nicht nur diese Ereignisse — der Krieg und der Friedensschluß —, die in der Weise wirkten; was darauf folgte, war nicht weniger vernichtend für das nachbarliche Verhältnis. Die preußische Vergewaltigung in Nordschleswig, der gegen die Sprache ausgeübte Zwang, die Unterdrückung dänischen Geistes durch Kirche und Schule, das Verbot von Vereinen und Versammlungen, alberne Ausweisungsbefehle usw. wirkten vielleicht mehr als die Annexion selbst. Den älteren Mitgliedern der deutschen Sozialdemokratie sind diese Verhältnisse insgesamt bekannt. Wir haben hier in Dänemark nur gute Erinnerungen jenes Beistandes, den unsere deutschen Genossen dem Dänentum leisteten, als sonst niemand im Deutschen Reiche das Recht der dänischen Nationalität anerkennen wollte. So bewahren wir eine lebhaftere Erinnerung an W. Liebnechts<sup>2</sup> Briefwechsel mit unserem verstorbenen Parteivorsitzenden P. Knudsen und wissen daraus, daß die deutsche Sozialdemokratie sowohl die Unterdrückung der Nordschleswiger als die gegen sie verübten Übergriffe verdammt.“

Aber schon vor diesem von Stauning genannten Briefwechsel hatten sich deutsche sozialdemokratische Abgeordnete und die Partei für die dänische Gruppe in Nordschleswig eingesetzt und die Volksabstimmung gefordert. So tat es beispielsweise der Reichstagsabgeordnete Reimers 1875 in einer Rede in Sonderburg, während es in einem Wahlaufuf von 1893 u. a. heißt: „Da auch die Sozialdemokratie das vollständige freie Selbstbestimmungsrecht für das Volk fordert und bisher gegen jede Annexion dieses oder jenes Landesteils protestiert hat, und da sie die einzige Partei ist, die die Rechte der dänischen protestierenden Bevölkerung achtet, so ...“

1898 ergab sich nun die Gelegenheit, diese Behauptungen zu beweisen. Ein Jahr vorher war nämlich Ernst Matthias von Koller Oberpräsident von Schleswig-Holstein geworden. Seine Amtszeit (1897 bis 1901) ist die Zeit des schärfsten Kurses gegenüber den dänischen Nordschleswigern. Während die preußischen Behörden in der Zeit von 1866 bis 1888 einen verhältnismäßig gemäßigten Kurs vertraten, somit also anscheinend aus der dänischen Sprachpolitik der Jahre 1851 bis 1864 gelernt hatten und sich mit einer langsamen und freiwilligen Einführung der deutschen Schulsprache begnügten, so ist mit der praktisch völligen Abschaffung der dänischen Schulsprache ab 1889 ein Umschwung eingetreten. Seither verfolgten die Behörden einen verschärften Kurs, der in der „Köllerpolitik“ seinen Höhepunkt hatte. Der Hintergrund dieser verschärften Nationalitätenpolitik, die sich nicht nur in Nordschleswig, sondern auch in den Ostprovinzen auswirkte, ist in einer Umfunktionierung des Nationalgefühls zu suchen. Eine der Folgen dieses neuen Nationalismus, der eine allgemein europäische Erscheinung dieser Zeit war und z. B. in Dänemark ähnliche Unterdrückungsmaßnahmen den

Färingern gegenüber hervorrief, war der Wunsch nach „Germanisierung“ aller nichtdeutschen Bevölkerungsteile, der grundsätzlich von allen Parteien, bis auf die SPD, in der Reichstagsdebatte im Februar 1899 bejaht wurde. Die „Germanisierung“ wurde allerdings nicht durch die Herausstellung einer evtl. überlegenen Kultur oder durch die Mobilisierung volklicher Gegenkräfte versucht, wie es später der „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ verlangte, sondern mit staatlichen Zwangsmitteln. Diese wurden insbesondere in der Zeit der „Köllerpolitik“ angewendet und erweckten ein entsprechendes Aufsehen nicht nur in Deutschland und in Dänemark, sondern auch im übrigen Europa. „Preußens Unterdrückung einer dänischen Bevölkerung und die Köllerpolitik in Schleswig erzeugten eine fühlbare dänische Volksstimmung“, schrieb Stauning in dem genannten Aufsatz „Deutschlands Nachbar: Das kleine Dänemark“.

Da man in Nordschleswig die sogenannten dänischen Agitatoren nicht treffen konnte, so wies man, um die „fanatischen Prinzipale“ (Koller) einzuschüchtern, dänische Staatsbürger, die im Landesteil arbeiteten, aus und versuchte in einigen Fällen, Eltern das Erziehungsrecht für ihre Kinder zu entziehen. Nach der Gravensteiner Konferenz vom 29. September 1898 wurden die Ausweisungen gezielt und in größerem Maßstab vorgenommen. Insgesamt wurden davon in den nächsten zwölf Monaten etwa 800 bis 1000 Personen betroffen, was für nordschleswigsche Verhältnisse eine rechte hohe Zahl war. Neben Protesten der anderen Parteien und deren Zeitungen nahm sich die dänische Sozialdemokratie insbesondere dieser Sache an, und es wurde durch sie eine „ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Wilhelm Liebknecht und Gustav Johannsen<sup>3</sup> etabliert“. Die Sozialdemokratie in Dänemark und in Deutschland, die sich absolut als nationallokale Sektionen der internationalen Sozialdemokratie auffaßten, haben damals wie auch später in dieser Frage eine gemeinsame Linie vertreten.

Die ersten Ausweisungen nach den Richtlinien der Gravensteiner Konferenz waren Ende Oktober 1898 vorgenommen worden. Am 30. Oktober veröffentlichte der Kopenhagener „Social-Demokraten“, damals die auflagenstärkste dänische Zeitung, einen längeren Artikel, in dem gegen die Ausweisungen protestiert wurde. Es wurde nicht daran gezweifelt, heißt es darin, daß die deutsche Sozialdemokratie protestieren würde, denn „es ist dasselbe tyrannische Regierungssystem, das zu den Brutalitäten gegen Deutschlands Sozialdemokratie und Nordschleswigs Dänen führt“. „Aber die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die gerade als Partei verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker voll anerkannt wird.“ Dieses Recht hatten die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten auch schon früher als Lösungsvorschlag zur Nordschleswigfrage genannt. Aber jetzt wurde das wiederholt. Die SPD-Zeitung „Hamburger Echo“ schrieb: „Es ist *das gute Recht* der Nordschleswiger, *dänisch zu sein*, d.h. eine Wiedervereinigung mit dem Land zu wünschen und anzustreben,

das *ihres* ist: Dänemark. Die Aufhebung des § 5 vermag nicht das *Selbstbestimmungsrecht* des Volkes aufzuheben.“

Anfang November 1898 schrieb die dänische Partei an ihre deutschen Genossen, worauf Briefe von Wilhelm Liebknecht und August Bebel eintrafen:

WILHELM LIEBKNECHT

10. November 1898

Lieber Genosse! Ich habe Ihren Brief über die Brutalitäten in Nordschleswig empfangen. Ich werde die Sache im „Vorwärts“ behandeln; aber ich bitte Sie, mir zusätzlich etwas Material zu geben für die Verhandlungen im Reichstag. Wir richten dort mehr aus und erreichen eine größere Wirkung als der dänische Reichstagsabgeordnete, so tüchtig er auch sein mag. Spätestens in neunzehn Tagen tritt der Reichstag zusammen. Bis dahin möchte ich gern das Material haben, so daß es sofort bei den Finanzverhandlungen benützt werden kann.

Mit herzlichen Grüßen an Sie und die übrigen Genossen

Ihr Wilh. Liebknecht

AUGUST BEBEL

Meine Zeit erlaubt mir nur kurz, auf Ihre Frage zu antworten. Jedes Volk und jeder Volksteil, der eine andere Muttersprache spricht als die des herrschenden Volks, kann in Folge ihres Menschenrechts, sowohl als vom Standpunkt der allgemeinen Kulturinteressen fordern, in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden und ebenso Gesetz und Urteil in dieser Sprache zu bekommen. In der Sprache vergegenständlicht sich das eigentümliche Wesen eines Volks, das, womit es sich von jedem anderen Volk unterscheidet. Durch die Sprache bringt es seine Gefühle und Interessen in ihrer einzig wahren Form zum Ausdruck. Ein Volk dazu zu zwingen, seinen Gefühlen und Interessen in einer fremden Sprache Ausdruck zu geben, ist mit einer Verstümmelung seines innersten Wesens gleichzusetzen.

Es ist wahrlich kein Schaden, wenn ein Volk in eine Lage kommt, auch die Sprache eines anderen Kulturvolks, mit dem es in naher Verbindung steht, lernen zu müssen; aber das darf nur nicht auf Kosten der eigenen Muttersprache geschehen.

Ich betrachte einen jeden Schaden, der einem Volk an seiner Muttersprache zugefügt wird, als eine Verunglimpfung der allgemeinen Kulturinteressen, und eine Nation, die auf der Höhe ihrer Zeit stehen will, darf sich nicht schuldig an einer solchen Handlungsweise machen. Hier gilt mehr als in hundert anderen Fällen der Satz: Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu.

A. Bebel

Für den 17. November 1898 rief dann die dänische Partei zu vier großen Protestversammlungen in Kopenhagen auf, auf der ihre bedeutendsten Politiker, wie P. Knudsen, J. Jensen, Borgbjerg, Lyngsie u. a., sprachen; weit über 8000 Personen nahmen daran teil und richteten einen Appell an die deutsche Nation:

### EIN DÄNISCHER APPELL

Die Versammlung spricht ihre Entrüstung über die Art aus, die von seiten der preußischen Behörden gegenüber unseren Landsleuten und Standesgenossen in Nordschleswig an den Tag gelegt wird.

Die Versammlung sieht hierin jedoch nicht einen Ausdruck der Gefühle des deutschen Volkes dem dänischen Volk gegenüber, hält es vielmehr für ein Ergebnis des militaristischen und kapitalistischen Systems, das der Fluch der Völker in allen Ländern ist.

Nur eine internationale Verständigung der Völker kann zu einer friedlichen und gerechten Lösung der nationalen Frage führen. Die Sozialdemokratie in allen Ländern besteht auf internationalem Recht auf Arbeit und muß daher gegen die stattgefundenen Ausweisungen protestieren. Die Versammlung erklärt der deutschen Nation gegenüber, daß die große Mehrheit der dänischen Bevölkerung alle Kriegs- und Rüstungspolitik verurteilt und sich frei von allem Chauvinismus weiß. Ganz davon überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie unsere Gefühle teilt, richtet die Versammlung einen eindringlichen Appell an das deutsche Volk und bittet es, auf die preußische Regierung dahin einzuwirken, daß Humanität und Gerechtigkeit in Nordschleswig ausgeübt werde.

Der deutsche sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ in Kopenhagen führte am 21. November 1898 eine Protestveranstaltung mit ungefähr 600 deutschen Teilnehmern durch, die ebenfalls eine Resolution beschlossen. Weiterhin fanden u. a. in Aarhus und Aalborg (am 23. November), in Esbjerg und Odense (26. November), auf Samsø (20. November), in Grenaa (2. Dezember) und Bogense (4. Dezember) überfüllte Protestversammlungen statt.

Interessant ist dabei auch, daß sich schon zu diesem Zeitpunkt ein Unterschied zwischen Esbjerg und Odense (bzw. zwischen den lokalen Redakteuren Sundbo und Marott) bemerkbar machte, der später noch bei mehreren Gelegenheiten (so 1912 und 1920) in äußerst scharfer Form zutage trat. Während in Esbjerg gleichzeitig mit dem „Appell an das Gerechtigkeitsgefühl des liberalen (frisindede) Deutschlands“ eine „Verurteilung der dänischen Rüstungspolitik“ ausgesprochen wurde, stellte Marott fest, „daß der internationale Gesichtspunkt der Sozialdemokratie in guter Übereinstimmung mit dem wirklich nationalen Gefühl steht und das beste Mittel zur Lösung von Grenzfragen ist“.

Das Hauptorgan der SPD, der „Vorwärts“, dessen Redakteur Wilhelm Liebknecht war, nahm sich der Sache an: „Daß die SPD den Ausgewiesenen ihre Sympathie

schenkt und sich dem Protest der dänischen Sozialdemokraten anschließt, ist eine Selbstverständlichkeit.“ Im Reichstag ergriffen Vollmar und Bebel die Gelegenheit, bei der ersten Behandlung des Finanzgesetzes im Dezember 1898 in recht scharfer Form zu protestieren.

Damals war Gustav Johannsen noch der dänische Reichstagsabgeordnete in Berlin, und er wie auch H. P. Hanssen (damals Abgeordneter im preußischen Landtag) bemühten sich stark, diese Politik v. Köllers (der in dieser Sache die volle Unterstützung des Kaisers hatte) in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. H. P. Hanssen schreibt recht ausführlich darüber in seinen Erinnerungen wie auch in einigen seiner politischen Schriften.

Gleichzeitig bemühten sich aber auch die dänischen Sozialdemokraten darum, die Angelegenheit vorwärtszutreiben, und sie fanden in Wilhelm Liebknecht einen aktiven Helfer, der bereit war, die Ausweisungen und die sie begründende Politik im Reichstag zur Sprache zu bringen und zu kritisieren. Am 21. Dezember 1898 schrieb er an P. Knudsen:

#### WILHELM LIEBKNECHT

Lieber Genosse! Wenn in Sachen der Ausweisungen noch weiteres Material zu beschaffen ist, so bitte ich, es mir vor dem 10. Januar zukommen zu lassen, da die Interpellation dann jeden Tag sein kann. An *Johannsen* habe ich geschrieben, daß er am Posten sein soll. Bis jetzt ist die Angelegenheit sehr gut verlaufen.

Mit herzlichen Grüßen an Sie und die Genossen und Ihnen vergnügte Feiertage wünschend

Ihr W. Liebknecht.

und am 18. Januar 1899 wieder:

Lieber Genosse! Johannsen ist hier, aber leider recht krank. Er hat, obgleich ich ihn drängte, die Interpellation noch nicht eingebracht, weil er sich durch *Hanssen* hat bestimmen lassen, das *Abgeordnetenhaus* als Hauptkampffeld zu betrachten. Ich hoffe jedoch, ihm das noch auszureden. Dies *nur zu Ihrer Information*, damit Sie nicht denken, *ich* ziehe die Sache in die Länge.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ihr W. Liebknecht.

Daraufhin schickte ihm der dänische Parteivorsitzende P. Knudsen einen ausführlichen Bericht und eine Beurteilung der Lage, die davon zeugt, wie gut Knudsen die Verhältnisse in Deutschland zu beurteilen verstand.

P. KNUDSEN

Lieber Genosse! Indem ich Ihnen dafür danke, daß Sie mir mitgeteilt haben, warum Johannsens Anfrage noch nicht im Reichstag gestellt worden ist, möchte ich Ihnen hiermit mitteilen, was ich mir aus Anlaß Ihres Briefes vorgenommen habe.

Wenn ich früher in Verbindung mit dem Landtagsabgeordneten Hanssen Nørremølle gestanden habe, so ist es durch einen Mann hier in der Stadt geschehen, der einer der persönlichen Freunde Herrn Hanssens ist. An diesen Mann habe ich mich gleich gewandt, als ich Ihren Brief empfangen hatte, ich beklagte mich darüber, daß Hanssen den preußischen Landtag an Stelle des Reichstages zum Kampfplatz für die Interessen seiner Landsleute gewählt hatte, welches ich um so falscher fand, da von seiten der deutschen Sozialdemokratie Veranstaltungen getroffen worden waren, sich mit Wärme der Sache der Ausgewiesenen und dänischen Nordschleswiger anzunehmen. Dem genannten Mann schien es auch merkwürdig, daß der Plan, die Sache im Reichstag zur Diskussion zu bringen, aufgegeben zu sein schien, und er versprach, an Herrn Hanssen zu schreiben, um auf ihn im Sinne des ursprünglichen Plans einzuwirken. Ich nehme an, daß mit Hanssen in diesem Sinn gesprochen worden ist.

Ich sehe jetzt aus den Zeitungen, daß im Landtag eine Interpellation Eugen Richters die Ausweisungen betreffend angemeldet worden ist. Ich weiß nicht, ob ich in dieser Sache richtig urteile, aber mir scheint es so zu sein, daß die Liberalen jetzt, wo die Sozialdemokratie die Sache aufgegriffen hat und in der öffentlichen Meinung das Interesse und die Indignation diese betreffend geweckt hat, die Lorbeeren als die Beschützer der verfolgten Nordschleswiger und Dänen ernten wollen, während sie wahrscheinlich kaum eine Hand gerührt hätten, wenn nicht unsere Partei die Behandlung der Frage angeregt hätte. Des weiteren scheint es mir sachlich im höchsten Maße ein Fehler zu sein, die Sache im Landtag anstatt im Reichstag vorzubringen. Im Landtag, dem Vertreter der preußischen Oberklasse, wird die Regierung wahrscheinlich unterstützt und dadurch in ihrem reaktionären Vorgehen gestärkt werden, während im Reichstag, der ja das deutsche Volk vertritt, das Gegenteil der Fall sein wird. Und die Sache sollte ja vor den Richterstuhl des deutschen *Volkes* gebracht werden, denn nur dort können die Nordschleswiger erwarten, Schutz vor der preußischen Reaktion zu finden. Im Reichstag haben weiterhin die anderen deutschen Staaten Gelegenheit, einen Druck auf Preußen auszuüben, welches auch dazu beitragen könnte, die preußische Willkür einzuschränken. All dieses verderben jetzt die Liberalen mit den Intrigen, die sie, wie ich annehme, spielen.

Darf ich Ihnen in Verbindung hiermit mitteilen, wie die Frage der Intervention der Sozialdemokratie ursprünglich hier in Dänemark entstand?

Sofort als die Massenausweisungen begannen, waren die Genossen hier darüber indigniert, und wir fingen an zu diskutieren, was unsererseits aus diesem Anlaß

getan werden müßte. Unsere Indignation hatte natürlich nicht ihren Grund in nationalen oder chauvinistischen Anschauungen, sondern allein in der Empörung über die politisch-reaktionäre Unterdrückung, die sich in den Ausweisungen auswirkt. Wir betonten unausgesetzt, daß auch unsere Kapitalistenregierung gegenüber den Arbeitern unseres eigenen Landes Unterdrückungsmaßnahmen in Szene setzte und solche begünstigte.

Bevor wir jedoch einen Beschluß gefaßt hatten, in welcher Weise wir den Ausweisungen gegenüber auftreten wollten, empfangen wir von liberaler Seite her die Einladung, an einer Zusammenkunft teilzunehmen, bei der Landtagsabgeordneter Hanssen zusammen mit einigen unserer liberalen Politiker anwesend war, und dieser Einladung folgten wir.

Landtagsabgeordneter Hanssen gab hier eine Darstellung der Verhältnisse in Nordschleswig und sprach die Meinung aus, daß das einzige, was genügend Aufmerksamkeit in Deutschland erwecken und damit einen ausreichenden Druck auf die preußische Regierung ausüben könne, um sie dazu zu bringen, die Verfolgungen einzustellen, sei, daß die deutsche Sozialdemokratie sich der Sache annehme. Er richtete daher die Bitte an uns, unsere deutschen Genossen zu bitten, gegen die Ausweisungen zu protestieren und das Interesse des deutschen Volkes an dieser Sache zu wecken. Diese Bitte an uns wurde auch von den anderen Anwesenden unterstützt.

Da die Bitte mit dem zusammenfiel, was wir selbst zu unternehmen vorhatten, erklärten wir uns dazu bereit, uns an unsere Genossen in Deutschland zu wenden und sie zu bitten, einen so energischen Protest wie möglich gegen das Auftreten der preußischen Regierung zu erheben. Auch folgende Betrachtung hatte uns dazu geführt: Die dänischen Nordschleswiger waren bisher durch ihre Presseorgane unserer reaktionären Regierung gefolgt. Ihr Herantreten an uns war uns jetzt ein Beweis dafür, daß sie eingesehen hatten, daß unsere Regierungspartei ebenso macht- wie willenlos ist, anderes im Interesse der Nordschleswiger zu unternehmen, als leere Phrasen auszusprechen. Wir sahen daher in der Bitte der Nordschleswiger, die an uns durch Herrn Hanssen gerichtet worden war, schon einen Sieg der Sozialdemokratie, und wir sahen ein, daß es der Stellung unserer Partei in Nordschleswig nützen könnte, wenn unsere deutschen Genossen sich der Sache annehmen würden; gleichzeitig erkannten wir, daß dieses der einzige Weg war, auf dem es möglich war, die Rücksichtslosigkeit der preußischen Regierung zu zügeln.

Wir schickten also unsere Bitte an Sie, lieber Genosse, in Übereinstimmung mit sowohl unserem eigenem Wunsch als auch der an uns gerichteten Bitte. Wir beschlossen danach, die vier großen Protestveranstaltungen zu halten, die hier in Kopenhagen durchgeführt wurden. Was später in der Sache geschehen ist, wissen Sie. Ich will nur noch hinzufügen, daß es mich unangenehm berührt hat,

daß Herr Hanssen, der versprochen hatte, Ihnen direkt das nötige Material zu schicken, dieses, soweit ich beurteilen kann, anscheinend unterlassen hat, und dieses Gefühl ist noch dadurch verstärkt worden, daß Herr Hanssen dem zugestimmt hat, daß die Interpellation an den Landtag anstatt den Reichstag gerichtet wurde.

Wenn meine obenstehenden Bemerkungen über die Stellung und Handlungsweise der Liberalen richtig sind, und wenn Sie meinen, daß die Sache in dieser Sicht vor die Öffentlichkeit gebracht werden muß, bitte ich Sie, wenn Sie es überhaupt für passend ansehen, auf diesen Brief zu antworten, es in einer solchen Form zu tun, daß wir Ihren Brief veröffentlichen können. Mir scheint es so zu sein, daß wenn die liberale Partei oder die Fortschrittspartei sich unter Zurücksetzung unserer Partei und zum Schaden der Sache in den Vordergrund schiebt, dann würde es gerechtfertigt sein, die Öffentlichkeit hiermit bekanntzumachen.

Mit einem herzlichen Gruß verbleibe ich

Ihr P. Knudsen.

Es zeigte sich dann bald darauf, daß es nicht H. P. Hanssen war, der die Interpellation im Landtag befürwortete, sondern daß der liberale Abgeordnete aus Kiel, Dr. Barth, dieses wollte. Dr. Barth ließ sich die Taktik von der Regierung vorschreiben, die diese Angelegenheit an den Landtag, der, wie Knudsen richtig schreibt, nur als „Vertreter der preußischen Oberklasse“ gewertet werden konnte, verwiesen hatte. Die Interpellation führte dann auch zu einer völligen Rechtfertigung der Regierungspolitik durch die Mehrheit, wie es bei der Zusammensetzung des Landtages nicht anders zu erwarten war oder wie Liebknecht am 26. Januar an Knudsen schrieb: „Natürlich hat die Interpellation im *Landtag* zu einer Niederlage geführt... Es ist für den *Reichstag* noch nichts verloren.“ Daß die Sache aber vor den Reichstag gebracht wurde, lag allein an der Sozialdemokratie. Hier sollte sich erst recht zeigen, wie zwiespältig, wie üblich, die Haltung der Liberalen war.

Um eine Interpellation im Reichstag zu stellen, mußten fünfzig Abgeordnete diese befürworten. Gustav Johannsen hatte zwar schon früher Kontakt mit den deutschen Sozialdemokraten gehabt, hatte aber doch vor allem die besten Beziehungen zu den Freisinnigen. Als aber die Interpellation eingebracht werden sollte, versagten sowohl sie als auch das Zentrum „aus taktischen Gründen“ ihre Hilfe, als Gustav Johannsen sie um die Unterschriften bat. Weder als Fraktion noch als einzelne Mitglieder wollten sie sich in dieser Form exponieren, d. h. reden wollten sie schon, aber unterschreiben nicht. So wäre die Reichstagsdebatte unmöglich geworden, wenn nicht die SPD durch Liebknecht sofort die nötigen Stimmen zur Verfügung gestellt hätte. Die Reichstagsdebatte wurde die

bedeutendste öffentliche Verurteilung der „Köllerpolitik“. Die Mehrheit des Reichstages kritisierte die Methoden der Regierung in ihrer „Germanisierungspolitik“; Liebknecht, der für die SPD sprach, lehnte diese überhaupt ab, indem er die preußische Nationalitätenpolitik grundsätzlich kritisierte.

Die Massenausweisungen sind dann im Laufe des Jahres 1899 weniger geworden, gleichwohl hat Liebknecht sich weiterhin der Sache angenommen. Anscheinend hat er aus eigenem Antrieb am 20. Oktober nochmals an die dänische Partei geschrieben und um Auskünfte gebeten. Eine recht interessante Tatsache kann man noch aus Knudsens Antwortbrief vom 4. November 1899 entnehmen. Im selben Jahr war nämlich in Dänemark ein sehr harter Arbeitskampf geführt worden. Nach diesem wurden die Gewerkschaften grundsätzlich als Tarifpartner anerkannt, während die Arbeitskäufer (um den von P. Knudsen gebrauchten korrekten Ausdruck für Arbeit„geber“ zu verwenden) versucht hatten, durch eine allgemeine Aussperrung den im Jahr vorher gegründeten Gewerkschaftsbund zu brechen. „Forretningsudvalget for Dansk Arbejdsgiver- og Mesterforening“ hatte durch seinen zweiten Vorsitzenden, Kaspar Rostrup, deswegen den „Geschäftsausschuß des deutschen Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe“ aufgefordert, keine dänischen Gesellen zu beschäftigen. Der dänische Arbeitgeberverein hat sich später mit Rostrup solidarisch erklärt, auch die Unternehmervereinigung der Eisenindustrie hatte eine entsprechende Aufforderung an ihre deutschen Verbandskollegen gerichtet. Zumindest einige Ausgesperrte sind aus Schleswig ausgewiesen worden. Protestiert gegen diese Aktion Rostrups unter Verweis auf die Ausweisungen aus Nordschleswig haben u. a. „Flensburg Avis“, „Danebrog“ und „Politiken“. Aber die Profite der Unternehmer gingen natürlich auch diesmal vor.

Es hat dies aber nicht zu einer neuen Aktion Wilhelm Liebknechts im Reichstag geführt, er ist dann ja auch im August 1900 gestorben. Ebenso ist auch die Interpellation, die Gustav Johannsen in einem Brief an P. Knudsen vom 22. Oktober 1900 erwähnt, nicht eingebracht worden. Die SPD hat sich aber auch weiterhin vor die Dänen gestellt, wie dies u. a. seinen Ausdruck in der Resolution des Provinzialparteitages der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie in Flensburg vom 31. August bis 2. September 1902 fand. Auch in der berühmten Finnemann-Sache hat sich die Partei für das Recht Finnemanns eingesetzt. Finnemann sollte zum Optanten gemacht werden, und es wurden in dieser Sache einige haarsträubende Urteile gefällt, wie auch von seiten der Behörde mit Bestechung gearbeitet wurde. H. P. Hanssen hat die Hilfe und die Haltung der SPD auch durchaus anerkannt und begrüßt, wie beispielsweise in der Rede in Broacker 1912.

Sonst aber „wurde das ehrenhafte Verhalten der deutschen Sozialdemokratie nur

von dem verständigsten Teil der dänischen Arbeiterbevölkerung beachtet. Außerhalb dieses Kreises hinterließ er keine Spuren, denn man rechnete nicht mit dieser Partei als politischem Faktor.“

\*

Wie berechtigt diese Feststellung Staunings ist, wird deutlich, wenn man sich die zwei wichtigsten historischen Darstellungen der „Köllerperiode“ anschaut. K. D. Sievers: „Die Köllerpolitik und ihr Echo in der deutschen Presse 1897—1901“, Neumünster 1964, schreibt ausführlich über Dr. Barths Interpellation im Landtag, während die viel wichtigere Reichstagsdebatte recht kurz behandelt und Liebknachts Rede mißverstanden wird. Daß die Debatte nur durch die SPD ermöglicht wurde, weiß er nicht. Von den Protestversammlungen in Kopenhagen und anderswo kennt er nur die der Liberalen und die des deutschen sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“, obwohl H. P. Hanssen, den er in diesem Zusammenhang zitiert, auch die große sozialdemokratische nennt und überhaupt sich aus seinen Schriften die Rolle der Sozialdemokratie gut rekonstruieren läßt. Während man bei Sievers noch annehmen kann, daß er nicht genügend Zeit und Sorgfalt auf dieses Problem, das nun allerdings auch nicht im Zentrum seiner Untersuchung steht, verwandt hat, so ist diese Entschuldigung bei der Darstellung von Hans Lund (Sønderjyllands Historie, Bd. V, Kopenhagen o. J.) wohl kaum mehr möglich.

- 1 Th. Stauning löste 1909 P. Knudsen als Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie ab. *Peter Knudsen* (1848—1910) war von 1882 der Vorsitzende der Partei, ab 1898 Zweiter Vorsitzender des allgemeinen Gewerkschaftsbundes „De samvirkende Fagforband“. Er war ursprünglich Gewerkschafter, davon war er stark geprägt, und dies zeigte sich auch in seiner politischen Arbeit. Er setzte sich vor allem stark für die Sozialgestaltung ein, zu der er auch einige Arbeiten veröffentlichte. Er war — wie die meisten dänischen Sozialdemokraten — ein Reformist im besten Sinne des Wortes. Die dänische Partei war 1871 gegründet worden, brach aber auf Grund von starken Verfolgungen Ende 1871 fast zusammen.
- 2 *Wilhelm Liebknecht* war neben August Bebel der führende Mann in der Anfangszeit der SPD. Er hatte an der Revolution von 1848 teilgenommen und kannte Marx und Engels persönlich, von denen er stark beeinflusst wurde, was natürlich nicht Differenzen zwischen ihnen ausschloß. Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde er zusammen mit Bebel verurteilt wegen seines Widerstandes gegen die Eroberungspolitik Bismarcks. Die SPD hatte damals die Bewilligung der Kriegskredite abgelehnt.
- 3 *Gustav Johannsen* war seit Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Reichstagsabgeordneter in Berlin. Er — wie auch später *H. P. Hanssen* — verfolgte eine sogenannte „weiche“ Linie im Gegensatz zu dem Redakteur von „Flensborg Avis“, Jessen, dem Hauptvertreter der „harten“ Linie, was bei dieser Gelegenheit durch einige Artikel Jessens deutlich wurde. Zeitweise war Gustav Johannsen Hospitant bei der liberalen Reichstagsfraktion.

## OTTO BRANDT: GESCHICHTE SCHLESWIG-HOLSTEINS

*Ein Grundriß. 6. Auflage. Überarbeitet von Dr. Wilhelm Klüver.*

*W. G. Mühlau, Kiel 1966, 327 Seiten, Leinen 24 DM*

### Wie müßte eine (moderne) Geschichte Schleswig-Holsteins aussehen?

In einer Besprechung der 6. Auflage der Geschichte Schleswig-Holsteins von Otto Brandt/Wilhelm Klüver, erschienen im Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein, werden zu dieser neuesten Fassung des bekannten Werkes eine Reihe kritischer Anmerkungen gemacht und dargelegt, wie eine heutigen Erfordernissen entsprechende Darstellung der Landesgeschichte etwa aussehen müßte. Dr. Wilhelm Klüver teilt nicht die dort vertretene Auffassung und hat für die Grenzfriedenshefte seine widersprüchliche Meinung niedergeschrieben, um das allgemeinen Verständnisses willen bringen wir sowohl die eine als auch die andere Darstellung zur Frage einer allen Ansprüchen gerecht werdenden Landesgeschichte.

Der knappe Grundriß, den Otto Brandt vor vier Jahrzehnten vorlegte, ist bis heute die am weitesten verbreitete Gesamtdarstellung der schleswig-holsteinischen Geschichte geblieben. Seit drei Jahrzehnten wird das Werk des hochbegabten, allzu früh verstorbenen Verfassers von Wilhelm Klüver betreut. Die 5. Auflage (1957) hatte eine starke Veränderung des ursprünglichen Textes gebracht. Jetzt legt der Verlag eine 6. Auflage vor, die den Text nur in Einzelheiten verbessert, aber nicht wesentlich geändert hat. Bei allem Respekt vor der großen Leistung des Verfassers und des Bearbeiters ist es aber wohl an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine grundlegende Umarbeitung des ganzen Werkes angebracht wäre. Diese müßte sich vor allem auf zwei Punkte erstrecken: die räumliche

Abgrenzung des behandelten Gebietes und die Darstellung der Geschichte Schleswig-Holsteins seit der Eingliederung in Preußen.

Alle bisherigen Darstellungen der schleswig-holsteinischen Geschichte behandeln im wesentlichen den Raum der ehemaligen Elbherzogtümer. Das frühere Fürstentum Lübeck und vor allem die Stadt Lübeck werden mehr oder minder ignoriert, obwohl sie seit 1937 zu Schleswig-Holstein gehören. Wir brauchen aber als Grundlage für den Geschichtsunterricht an den Schulen Schleswig-Holsteins dringend eine Geschichtsdarstellung, die alle heute zu unserem Lande gehörenden Gebiete umfaßt. Die von O. Brandt vernachlässigte Geschichte des Herzogtums Lauenburg ist von W. Klüver eingearbeitet worden, wie er ja auch sonst die Sonderentwicklung

einzelner Landschaften, etwa Nordfrieslands, Dithmarschens, des Herzogtums Sonderburg-Plön und Helgolands, stärker berücksichtigt hat als Brandt. In ähnlicher Weise müßte bei einer Neuauflage auch die Geschichte der Stadt und des Bistums Lübeck eingefügt werden, und zwar jeweils innerhalb der Darstellung der einzelnen Epochen. Der kurze Rückblick auf die Vergangenheit, den der Bearbeiter den beiden Gebieten anlässlich der Eingliederung in Preußen widmet, reicht bei weitem nicht aus. Außerdem müßte die Darstellung der Geschichte Schleswig-Holsteins seit 1864 umgestaltet werden. Sie war schon in dem ursprünglichen Text Brandts der schwächste Teil. Der Bearbeiter hat sich bemüht, die Lücken auszufüllen und die Darstellung bis zur Gegenwart fortzuführen. Trotz dieser Erweiterung des Originaltextes steht noch immer die deutsch-dänische Auseinandersetzung zu sehr im Mittelpunkt der Darstellung. Das war zur Entstehungszeit des Brandtschen Werkes, als sich die meisten Schleswig-Holsteiner innerlich noch nicht mit dem Verlust Nordschleswigs abgefunden hatten, verständlich. Brandt stand mit dieser Betrachtungsweise nicht allein. Wie kürzlich O. Hauser in der Einleitung zum 8. Band der von O. Klose herausgegebenen „Geschichte Schleswig-Holsteins“ hervorgehoben hat, steht in fast allen älteren Darstellungen der schleswig-holsteinischen Geschichte seit 1867

„die Nordschleswig-Frage geradezu erdrückend im Vordergrund“. Heute ist es dringend notwendig, diese Einseitigkeit zu überwinden und die Darstellung der letzten hundert Jahre schleswig-holsteinischer Geschichte auf eine breitere Grundlage zu stellen. Vielleicht empfiehlt es sich, den Abschluß des erwähnten 8. Bandes der „Geschichte Schleswig-Holsteins“ abzuwarten, der dem Bearbeiter des Brandtschen Werkes die Mühe unerläßlicher Vorarbeiten teilweise abnehmen wird. Dann aber sollte unverzüglich eine gründliche Umgestaltung des X, XI. und XII. Kapitels vorgenommen werden. Bei dieser Gelegenheit müßten alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme gleichmäßig behandelt und auch Charakteristiken der führenden Männer eingefügt werden.

Erst wenn diese Umarbeitung erfolgt ist, wird das Buch aus einer Geschichte der Herzogtümer zu einer Geschichte des Landes Schleswig-Holstein geworden sein. Bis dahin wird das Buch auch in seiner vorliegenden Gestalt viele nützliche Dienste erweisen können. Seine Anschaffung ist für alle Lehrer- und Schülerbüchereien dringend zu empfehlen.

Aus dem Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein 7/1967

\*

*Muß die schleswig-holsteinische Geschichte neu gesehen und geschrieben werden?*

Mit wachsendem Unbehagen wird in maßgebenden Kreisen unseres Landes vermerkt, daß Otto Brandts Grundriß der Geschichte Schleswig-Holsteins, ein Buch der zwanziger Jahre, immer noch die unentbehrliche Grundlage für Forschung, Lehre und Unterricht ist und mit seinen vom Fortschritt der Wissenschaft überholten Auffassungen das Geschichtsbild einer breiten Öffentlichkeit nachteilig beeinflusst. Es verwundert darum nicht, daß der Ruf nach einer zeitgemäßen Landesgeschichte von Jahr zu Jahr dringender wird. Da jedoch ein neues Landesbewußtsein noch nicht so stark ausgeprägt ist, daß ein solcher Wurf mit Erfolg gewagt werden könnte, trägt man an Brandts Grundriß Maßstäbe heran, die seiner Eigenart nicht entsprechen und noch weniger gerecht werden.

In die Reihe derer, die mit der Konzeption des Buches nicht einverstanden sind, ist jetzt auch das Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein getreten. Das von mir bearbeitete Buch wird mit anerkennenden und empfehlenden Worten bedacht, aber in zwei Punkten kritisiert.

Der Rezensent beanstandet zunächst, daß die seit 1937 zu Schleswig-Holstein gehörenden Landesteile nicht

genügend berücksichtigt worden sind. Er denkt dabei vor allem an die Stadt und das Bistum Lübeck, deren Geschichte er ebenso ausführlich gewürdigt sehen möchte wie die Vergangenheit der ehemaligen Herzogtümer. Wollte ich dieser Anregung stattgeben, müßte ich mich zu einer Geschichtsauffassung bekennen, die nicht mehr auf dem Ripener Vertrag, sondern auf dem Groß-Hamburg-Gesetz beruht. Alle landesgeschichtlichen Betrachtungen wären dann überholt, und die Forschung stünde vor völlig neuen Problemen.

Der Kritiker ist ferner der Meinung, daß „die Darstellung der Geschichte Schleswig-Holsteins seit 1864 umgestaltet werden müsse. Er wünscht sie „auf eine breitere Grundlage“ gestellt zu sehen, ohne zu bedenken, daß im Rahmen des Brandtschen Buches nur die wichtigsten Tatsachen zusammengefaßt werden können. Vor allem aber fordert er, daß die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen, die in der Gegenwart nicht mehr die gleiche Rolle spielen wie in der Vergangenheit, jetzt auch in einer historischen Darstellung zurückzutreten haben. Wer sich klar darüber ist, daß die wechselvollen Kämpfe um das Herzogtum Schleswig den eigentlichen Inhalt unserer Landesgeschichte bilden, und wer weiß, wie gering die Kenntnisse der Grenzlandproblematik südlich der Eider sind, sollte ein derartiges

Ansinnen nicht an den Bearbeiter stellen.

Wer das Schicksal des Brandtschen Buches kennt, wird sich erinnern, daß bereits vor vierzig Jahren kein Geringerer als Volquart Pauls „eine durchgreifende Neubearbeitung“ verlangt hat. Er ist jedoch mit seiner Ansicht, die auf einem starken persönlichen Gegensatz zu Brandt beruhte, alleingeblichen und hat nicht verhindern können, daß dessen „Grundriß“ im ursprünglichen Rahmen seinen Weg bis heute gemacht hat, während ähnliche Darstellungen sich nicht durchgesetzt haben und vom Büchermarkt verschwunden sind.

Nichtsdestoweniger lebt sein kritischer Geist in der landesgeschichtlichen Forschung unangefochten fort, wenn

ein junger Gelehrter behauptet, daß die Darstellung der preußischen Zeit unhistorisch sei.

Was aber bezweckt der Rezensent des Jahres 1967 mit seinen gutgemeinten Ratschlägen? Sind sie die unmaßgebliche Meinung eines Außenseiters, die es nicht verdient, hochgespielt zu werden, oder geben sie die Auffassung derer wieder, die daran interessiert sind, den Wert des Brandtschen Buches einzuschränken oder gar herabzusetzen?

Ich denke übrigens, daß die traditionsbewußten Kräfte im Landesteil Schleswig lebendig genug sind, um hier ein klärendes Wort mitzusprechen.

*Dr. Wilhelm Klüver*

## „Er ist ein Meister, er bleibt“ (Theodor Storm)

Am 24. September 1967 gedachte man in Husum im festlichen Rahmen des 150. Geburtstages Theodor Storms. Die Zahl der Bücher, die sich mit dem Werk des Dichters befassen, ist Legion geworden und steigt noch immer. Darüber unterrichtet jährlich die vorzüglich arbeitende Theodor-Storm-Gesellschaft in Husum. Wir können an dieser Stelle den großen Landsmann nicht besser ehren als durch den Nachdruck eines Teils jenes Essays Thomas Manns, der zu dem Besten gehört, was über Theodor Storm gesagt worden ist. Hier sprach ein Meister über einen Meister. (Stockholmer Gesamtausgabe der Werke von Thomas Mann, S. Fischer Verlag 1959: „Adel des Geistes“, Sechzehn Versuche zum Problem der Humanität, S. 450-456)

Ich muß von den Gedichten noch sprechen dürfen. Sie bestimmten zusammen mit „Immensee“ das Bild des Dichters, das ich in mir trug, als ich jung war und sein unnachlässig-strenges Wachstum bis ins Alter, diese Überwindung des jugendlich Weichen der Stimmung, und die Entwicklung zum tragischen Charakternovellisten großen Stils, noch nicht in mein Gesichtsfeld fiel. In dieser zehnmal gesichteten und geseihten Lyrik steht Perle fast neben Perle, und es ist darin, auf Schritt und Tritt, eine bebende Konzentrationskraft der Lebens- und Empfindungsaussage, eine Kunst der Formung zum Einfachen, die in bestimmten Fällen unfehlbar immer wieder, so alt man wird und sooft man etwas davon wieder liest oder sich vorspricht, dies Sichzusammenziehen der Kehle, dies Angepacktwerden von unerbittlich süß und wehem Lebensgefühl bewirkt, um dessentwillen man mit sechzehn, siebzehn diesem Tonfall so anhing. Ein französischer Dichter bemerkt einmal, schon das Wort Kunst (art) sei seinem Klange nach fern von Gutmütigkeit und Sanftmut; es sei der Schrei eines niederstoßenden Raubvogels. Es ist wohl wahr, die Lyrik Storms lehrt es, daß Kunst noch in ihrer mildesten, gemüthaft-innigsten Form ein Griff an die Kehle ist...

Ich will nicht, sosehr es mich versucht, Beispiele, Anführungen geben, denn ich muß meinen Raum schonen und spreche zu Lesern, die im Begriffe sind, sich unmittelbar mit Storms Lebenswerk zu beschäftigen. Es genügt, daß ich ihnen vorher sage, was sie nachher sagen werden: daß nie und nirgends das Menschliche mit durchdringenderer Einfalt und Reinheit ausgesprochen worden ist als in Gedichten wie dem „Einer Toten“ oder in „Spruch des Alters“ („Dein jung Genöß in Pflichten ...“), in „Mein jüngstes Kind“ oder jenem „Lose“ überschriebenen, das ein frommeres und unwitzigeres Gegenstück zu dem Heinischen „Es ist eine alte Geschichte“ bildet. So mag man in der bewunderungswürdigen zwölfzeiligen Bild-Erzählung „Eine Fremde“ die Vorform

erkennen zu Georges ähnlich, wenn auch härter geformtem und dämonischer erfülltem Sechzehnzeiler „Die Fremde“. Herrn Walthers Weise klingt an in „Verirrt“ (Ein Vöglein singt so süße“); aber das artifizell Altertümliche und Volksliedhafte, ein paarmal in der Überschrift angekündigt, tritt weit zurück hinter eine durchaus vorherrschende Modernität und sprachliche Zeitbewußtheit, eine Kulturlyrik persönlichen und unvergeßlichen Klages, von der wenigstens ein halbes Dutzend Stücke würdig ist, neben dem Höchsten und Reinsten seinen Platz zu nehmen, was Gefühl und Sprache hervorgebracht haben, und vollkommenen Unsterblichkeitscharakter besitzt.

Wo ist der Laut noch einmal und wie könnte er je vergehen, der mit Zauberdingigkeit durchgeführt ist durch die vier Strophen von „Abseits“ mit ihrer weltvergessenen Sommermittagsstimmung, ihrem Duft von erhitzten Kräutern? „Meeresstrand“, die Haff- und Wattenstimmung im Abendlicht mit den wie Träume im Nebel liegenden Inseln, dem Laut des gärenden Schlammes und einsamem Vogelruf, diesem eintönig-zeitlosen „So war es immer schon“ und der geheimnisvoll romantisch getönten Schlußkadenz: die Geschlossenheit, Einfachheit, Getroffenheit des Bildes ist über jedes Lob erhaben — und gleich daneben steht ein anderes kleines Wunder dieser Art: „Im Walde“, die sommerzauberversponnene Vision der kleinen Waldfee unter den niederhängenden Zweigen ...

Sie sitzt im Thymiane,  
Sie sitzt in lauter Duft;  
Die blauen Fliegen summen  
Und blitzen durch die Luft.  
Der Kuckuck lacht von ferne.  
Es geht mir durch den Sinn:  
Sie hat die goldnen Augen  
Der Waldeskönigin.

Das ist nicht erzen, es ist aus zartestem Stoff; und doch steht es da für immer. Zu dieser Rangordnung gehört „Hyazinthen“ mit seiner vornehmen Zärtlichkeit, seiner cellomäßig gezogenen Fülle von Empfindung, Schwermut, Liebesmüdigkeit, dem unendlich gefühlssymbolischen Refrain: „Ich möchte schlafen, aber du mußt tanzen“; gehört „Über die Heide“ mit dem Rhythmus seines dumpf aus der Erde widerhallenden Wanderschrittes, dem realistischen Akzent seines Schauders und Seufzers der Unwiederbringlichkeit:

Wär' ich hier nur nicht gegangen im Mai!  
Leben und Liebe, — wie flog es vorbei!

Und dann ist da ein Zweistropher, den ich immer besonders bewundert habe, weil er mir für das Raffinement der Stormschen Empfindsamkeit unvergleichlich

kennzeichnend schien: das Gedicht von der bleichen Frauenhand, die gestehen muß, was der Mund verschweigt.

Die Hand, an der mein Auge hängt,  
Zeigt jenen feinen Zug der Schmerzen,  
Und daß in schlummerloser Nacht  
Sie lag auf einem kranken Herzen.

Welche Distinktion der Beobachtung und Empfindung! Diese „Und daß“-Konstruktion, die zusammen mit dem vorangegangenen Akkusativ von „zeigt“ abhängt, hat etwas beinahe Französisches, das mit dem Verfeinerungs-, ja Überfeinerungscharakter des Ganzen aufs eigentümlichste übereinstimmt.

... Wir wollen der Wahrheit die Ehre geben und nichts beschönigen. Der Stormsche Laut hat recht kümmerlich fortgeklungen in deutscher Dichtung oder dem, was dafür gelten wollte, er hat, man muß das eingestehen, auf eine teilweise erbarmungswürdige Weise Schule gemacht. Von ihm, von seinem „Nun sei mir heimlich zart und lieb“ und so weiter, ist viel Läppisches und Nichtiges hergekommen, viel Bürgerwonne und Goldschnittgemüt, das doch bei ihm, an seiner hochgelegenen Quelle, etwas ganz, ganz anderes war. Könnte man ähnlich trübseliger Folgen nicht aber auch das „Buch der Lieder“ anklagen? Das Wort „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ ist ein grausames Wort und ein nichts weniger als unanfechtbares. Man mache, wenn man unerbittlich ist, das Verführerische verantwortlich für nachtreterisches Unheil, zu dem es gegen sein innerstes Wesen Anlaß gab — nur gerade erkennen kann man es nicht daran, und zwar desto weniger, je mehr man es fehlerhafterweise damit zusammensieht. Was von Storm kam, ist nicht Storm; er setzt sich durch Anspruch, Kraft, Feinheit, Präzision, Persönlichkeit, Kunstgetragenheit gegen alles schlaff Bürgerliche ab, das an ihn „anzuknüpfen“ meinte, wie er sich eben dadurch, durch sein Künstlertum einfach, schon gegen den spätrömantischen Dilettantismus absetzte, von dem seine eigene Zeit wimmelte — und nicht nur gegen diesen, auch gegen das hochbegabte Epigonentum dieser Zeit, auch gegen Geibel, sogar gegen Heyse. Es hat stürmische Lufterneuerungen, Revolutionen gegeben in unserer Literatur, die seine „Früchte“ in die Vergessenheit gefegt haben. Er ist ein Meister, er bleibt.

\*

Ich sprach von seiner Heimatliebe, Heimatbefangenheit, Heimatsmanie — dem, was der vergleichsweise weltmännische und großstädtisch-aufgewecktere Fontane seine „Husumerei“ nannte. Es liegt, um lieblos zu charakterisieren, etwas larmoyant Eigensinniges darin, jene zarte Duckmäuserei, gegen die Goethes Spruch sich richtet:

In die Welt hinaus!

Außer dem Haus  
Ist immer das beste Leben;  
Wem's zu Hause gefällt.  
Ist nicht für die Welt —  
Mag er leben!

Aber der gaskognische Märker, dessen Werk wenigstens mit „Effi Briest“ in die Weltliteratur reicht, hat sich trotz eines gelegentlichen Mundverziehens wohl gehütet, über den schwerfälligeren Freund im Sinne dieses „Mag er leben!“ zu denken und zu urteilen, und wohl gewußt, was die Dichtung an ihm besaß: Mehr, Höheres, Gültigeres, seiner kritischen Einsicht nach, als an dem eleganteren Heyse, der es übrigens für seine Person an Bewunderung für den Mann von Hademarschen nicht fehlen ließ. Das hohe und innerlich vielerfahrene Künstlertum Storms hat nichts zu schaffen mit Simpelei und Winkeldumpfigkeit, nichts mit dem, was man wohl eine Zeitlang „Heimatkunst“ nannte. Die Sprache, zu der das dünne Platt seiner Mundart sich im Werke erhebt und reinigt, scheidet ihn streng von der behaglichen Mesquinität jener Sphäre, sie besitzt die absolute Weltwürde der Dichtung, und das „Gemüt“ hat bei ihm noch volle romantische Geistigkeit und Intensität — es ist fern von aller Entartung und Erniedrigung zum Gemüthlichen. Um seine Heimatlichkeit ist es etwas dichterisch Sonderbares, der Philister könnte sie hysterisch finden, sie ist wesentlich Sehnsucht, Nostalgie, ein Heimweh, das durch keine Realität zu stillen ist, denn sie richtet sich durchaus aufs Vergangene, Versunkene, Verlorene. Er selbst beobachtet:

Liegt eine Zeit zurück in meinem Leben,  
Wie die verlorene Heimat schaut sie aus,  
Nach der im Heimweh die Gedanken streben.

Das ist es. Es ist gemüthhaft oder, wenn man will, sentimental in einem etwas krankhaften Sinn, wenn man die Gleichsetzung von Vergangenheit und Heimat ein wenig krankhaft nennen darf — eine Erscheinung, die übrigens in aller Dichtung sehr häufig ist. Es ist selten, daß Gegenwart und Jugendglück das Gedicht zeitigen. Die Erinnerung daran, das Heimweh danach zeitigen es, und vergebens sieht man sich in Storms Lyrik nach der unmittelbaren Verherrlichung des jugendlichen Maitages um, dem das novemberliche „Vorbei“ verherrlichend nachtrauert.

Heitere Jahre,  
Glückliche Tage —  
Wie Frühlingsfluten  
Seid ihr verrauscht!

Das ist der alte Romanzenklang, von dem auch Turgenjews Dichtung lebt. Aber bei Storm gewinnt er zuweilen eine Konzentration entnervenden Charakters und

scheint zum Ausdruck eines klagenden Seeleneigensinns zu werden, dem das Gegenwärtige kalte Fremde bedeutet. Er sagt von „Imensee“:

Aus diesen Blättern steigt der Duft des Veilchens,  
Das dort zu Haus auf unsern Heiden stand,  
Jahraus und -ein, von welchem keiner wußte,  
Und das ich später nirgends wieder fand.

Der Tonfall hat in seiner noblen Einfachheit etwas wahrhaft Sinnbenehmendes, Berausches, Entkräftendes, und zwar vermöge eben jenes Ineinanderrinnens der beiden Gefühlsideen „Zu Haus“ und „Vergangenheit“ zum Heidenveilchen-Duft unendlicher Heimweh-Sensitivität. Es ist nichts weiter als schlicht-menschlich, wenn er seine Herzensanhänglichkeit an die „graue Stadt am Meer“, dies armselige Husum in seiner hart eintönigen und melancholischen Nebellandschaft, damit begründet, daß eben doch „der Jugend Zauber für und für“ lächelnd auf ihr ruhe. Aber das schlicht Menschliche hört auf und das Geheimnis beginnt in einem Gedicht wie „Verloren“, einem Meisterstück übrigens auch technisch, in einem Atem wunderbar zu Ende gesprochen, das anhebt:

Was Holdes liegt mir in dem Sinn,  
Das ich vor Zeit einmal besessen;  
Ich weiß nicht, wo es kommen hin,  
Auch, was es war, ist mir vergessen ...  
und endet:

In grünem Schatten lag der Ort —  
Wenn nur der weite Raum nicht trennte,  
Wenn ich nur dort hinüberkönnte,  
Wer weiß! — vielleicht noch fand' ich's dort.

„Wenn ich nur dort hinüberkönnte!“ Das ist der Gipfel der „Husumerei“, es hat mit der Scholle kaum noch etwas zu tun, es ist Gemüt in Reinkultur und im Zustande äußerster Sublimierung, Heimweh als Transzendenz, das Heimatsmysterium.

---

## WEIHNACHTSLIED

Vom Himmel in die tiefsten Klüfte  
Ein milder Stern herniederlacht;  
Vom Tannenwalde steigen Däfte  
Und hauchen durch die Winterlüfte,  
Und kerzenhelle wird die Nacht.

Mir ist das Herz so froh erschrocken,  
Das ist die liebe Weihnachtszeit!  
Ich höre fernher Kirchenglocken  
Mich lieblich heimatlich verlocken  
In märchenstille Herrlichkeit.

Ein frommer Zauber hält mich wieder,  
Anbetend, staunend muß ich stehn;  
Es sinkt auf meine Augenlider  
Ein goldner Kindertraum hernieder,  
Ich fühl's, ein Wunder ist geschehn.

THEODOR STORM

## Wie Bilder Emil Noldes der Vernichtung entgingen

Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes knüpfte 1922 die ersten Beziehungen zum Hause Nolde, die ihren Ursprung in freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen hatten. Wir freuen uns, im Gedenken des 100. Geburtstages Emil Noldes die nachstehenden Erinnerungen eines ihm Nahestehenden und durch hilfreiche Tat in dunkler Zeit mit dem Schicksal des Künstlers und seinem Werk Verbundenen bringen zu können.

Am 7. August 1967 wäre Emil Nolde 100 Jahre alt geworden. Er starb am 13. April 1956, fast 89 Jahre alt. Seine Frau Ada hatte ihm in scherzhafter Laune ein volles Jahrhundert prophezeit.

Der 100. Geburtstag ist Anlaß zu großen und kleinen Ausstellungen im In- und Ausland und zur Abfassung vieler ausführlicher Abhandlungen und Berichte.

Wenn ich heute diese Zeilen schreibe, dann aus dem Gefühl der Verehrung und Dankbarkeit gegenüber dem Ehepaar Nolde. Ich will von einigen Erlebnissen berichten, die zwar nicht die Mitte seines Schaffens darstellen, aber doch zu seinem Leben gehören.

\*

Mein erster Besuch bei Noldes führte mich im Jahre 1922 nach Utenwarf. Als ich auf dem Fahrrad, von Achtrup kommend, bei Seeth die deutsch-dänische Grenze überquerte und über Mögeltondern den Weg nach Utenwarf erfragte, da kam ich nicht nur zum ersten Mal ins Ausland, sondern auch in die Marsch.

Utenwarf war schon zehn Jahre im Besitz von Emil Nolde. Ein entlegenes kleines Reetdachhaus, in dem die Scheune zum einfachen Atelier ausgebaut war, lag in einer fast unberührten Marschlandschaft direkt an der Wiedau. Das kleine Boot in der Nähe des Hauses wurde zum Fischen und zur Entenjagd benutzt und diente dem Maler als Fahrzeug, wenn er mit seinen Farben die Stimmungen dieser Wasserlandschaft einfangen wollte. Ein kleiner üppiger Garten war an der Südseite des Hauses angelegt.

Dieser erste Besuch bei Ada und Emil Nolde wirkte lange in mir nach. Ich kannte sie von ihren Besuchen bei meinen Eltern, und bei einer solchen Gelegenheit war ich zu ihnen eingeladen worden. Während Ada Nolde sich mütterlich um mich kümmerte, war Emil Nolde nur zu den Mahlzeiten dabei. In der Zwischenzeit befand er sich malend draußen auf dem Wasser.

Bei diesem Besuch wirkte viel Fremdes auf mich ein, und es begann eine Auseinandersetzung mit mir ganz unbekanntem Dingen, hervorgerufen durch Masken, Kunstgegenstände aus dem Fernen Osten und Neu-Guinea und durch

die starken Farben der Bilder, die an den Wänden des niedrigen Bauernhauses hingen. Ich war damals vierzehn Jahre alt und hatte Derartiges noch nie gesehen. Fünf Jahre später hatte Nolde Utenwarf verlassen. Der Entschluß fiel ihm nicht leicht, aber Entwässerungsarbeiten an der Wiedau drohten die Naturschönheit zu zerstören. Durch die Grenzziehung war die Verbindung zu seinen deutschen Kunstfreunden und zum deutschen Kunstschaffen, dem er seine Impulse verdankte, erschwert. Zudem fand seine Kunst in Dänemark keine Resonanz. Er fand in Seebüll eine ähnliche Landschaft vor, mit Wasser und Reet und unwegsamen Kleiböden, die von der Technik damals noch wenig berührt war. Ein Boot stellte bei Überschwemmungen die Verbindung mit Rosenkranz und Aventoft her. Nolde selbst stakte seine Gäste zum andern Ufer hinüber. Er liebte diese herbe Landschaft an der Westküste. Ich habe oft neben ihm im Wohnzimmer gestanden, wenn die Sonne die Wolken verzauberte und unseren Blicken entchwand und uns zur Freude einen glühenden Himmel hinterließ.

\*

Im Januar des Jahres 1937 besuchten uns Noldes in unserer Potsdamer Wohnung. Zu unserer Überraschung schenkten sie uns ein Aquarell, und als sie unsere große Freude darüber sahen, sagten sie: „Wir wußten nicht, ob wir Euch zu dieser Zeit und an dieser Stelle ein Bild schenken durften. Wir wissen auch nicht, ob Ihr darüber froh sein werdet, denn wir hören von den Bestrebungen zur Unterdrückung und Ausmerzung der jetzigen Kunst. Wir fürchten, auch davon betroffen zu werden.“

Wir haben diese „Friesische Landschaft“ immer bei uns hängen gehabt und sind unbehelligt geblieben. Wohl fielen Bemerkungen wie: „Da habt Ihr auch einen entarteten Künstler!“ Oder „Es ist eine Schande, daß Nolde so schöne Farben hat!“ Aber dabei blieb es.

Doch aus den Museen wurden seine Bilder entfernt. Anfang August kam aus München die Mitteilung von der Ausstellung „Entartete Kunst“, und Nolde war dabei. Die Verfolgung der Noldeschen Kunst hatte ihren Anfang genommen. In Mannheim hatte Rudolf Probst, ein treuer Freund Noldes, in seiner Galerie eine Noldeausstellung eröffnet. Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste, Ziegler, besuchte sie. Die Werke entsprächen „nicht den Anforderungen, die seit 1933 an das Kunstschaffen der Künstler gestellt werden“. Die Ausstellung wurde geschlossen. Bilder durften nicht verkauft werden. Ähnlich ging es an anderen Orten.

Der Geburtstag Emil Noldes am 7. August stand in diesem Jahr unter besonderen Alarmzeichen. Dieser Tag war immer ein Tag der Begegnung auf Seebüll gewesen. Dann kamen Gäste von nah und fern. Verwandte aus Dänemark und Freunde aus allen Teilen Deutschlands, um in festlichem Rahmen den Geburtstag des Meisters zu begehen. Nolde ließ an diesem Tag alle Ehrungen mit Gleichmut

über sich ergehen. Er freute sich, seine Verwandten, Freunde und Bekannten wiederzusehen, hatte immer ein Wort für andere und nahm mitfühlend am Schicksal seiner Gäste teil. Nolde wollte gar nicht gern im Mittelpunkt stehen, denn er war ein bescheidener und zurückhaltender Mann. Diese Feier aber glich einer Familienfeier und trug nicht den Stempel eines offiziellen Empfangs. Eine besondere Note erhielt der Tag dadurch, daß Nolde seinen Gästen die im letzten Jahr entstandenen Bilder zeigte.

Ganz anders war es im Jahre 1937. Schon im April 1937 erhielten wir von Ada Nolde eine vorläufige Einladung zum Geburtstag, damit wir in unsere Sommerreisepläne diesen Tag einbeziehen konnten. Sie schrieb: „... Im Jahre 1927 feierten wir auf unserem lieben kleinen Seebüll Emils sechzigsten Geburtstag. Am 7. August 1937 wird er siebzig, und ich möchte diesen Tag mit einem einfachen Gartenfest mit unseren Verwandten und Freunden auch dort feiern ...“ Zwischen der Einladung im Monat April und dem Monat August hatten sich die Wolken so verdüstert, daß Zweifel aufkamen, ob auch dieses, wenn auch einfache, Gartenfest nicht vielleicht von den Machthabern als Provokation aufgefaßt werden und schlimme Folgen haben könnte. Den verschickten Einladungen folgten Ausladungen. Und das zum 70. Geburtstag!

\*

Die Propaganda gegen die sogenannten „Entarteten“ lief auf Hochtouren. Wer, um nur ein nachprüfbares Beispiel anzuführen, bei der Ausstellung „Entartete Kunst“ in Berlin am neunteiligen Altarwerk in zwei bis drei Metern Abstand vorbeigehen mußte — und es heute in Seebüll in angemessener Entfernung sehen kann —, wird wissen bzw. nachträglich feststellen können, wie gewollt schlecht die Hängung war.

Als die Verfolgung Noldes offenbar wurde, mußte das Schlimmste befürchtet werden, und Noldes begannen, Bilder abzuspannen und sie in entlegenen Räumen und bei Freunden zu verstecken.

So bin ich zum erstenmal im Jahre 1938/39 mit Ada Nolde bei einem befreundeten Arzt in der Hessenallee unweit der Noldeschen Wohnung gewesen, wo drei große Gemälderollen unauffällig in der Wäschekammer im Keller standen. Von diesen Bilderrollen wurde nach längeren Beratungen zwischen Ada und Emil Nolde eine ausgewechselt. Das Auswechseln dieser Rollen übernahm ich. Ada Nolde begleitete mich diesmal nicht, damit kein Verdacht geschöpft würde. In diesen drei Rollen befanden sich 43 wertvolle Gemälde.

Im weiteren Verlauf des Krieges mußte der befreundete Arzt in der Märkischen Schweiz ein Lazarett übernehmen. Er nahm die Bilderrollen mit, um sie aus dem bombengefährdeten Berlin herauszubringen und sie im Schloß Teuplitz in seiner Obhut zu wissen. Als dann gegen Kriegsende die Russen Teuplitz überrannten, mußte auch dieses Lazarett aufgegeben werden, und die Bilder blieben mit

kostbaren Möbeln des Arztes im Schloß zurück.

Nach Kriegsende versuchte Nolde über den Verbleib dieser Bilder etwas in Erfahrung zu bringen. 1947 traf ein Bericht der Polizei auf Seebüll ein, besagend, daß russische Soldaten die Zimmer aufgebrochen hätten und die Möbel des Professors zertrümmert, die Gemälde Noldes zerschnitten und sie mit den Möbeln zusammen verfeuert hätten (Augenzeugenbericht der Reinmachefrauen).

Diese erschütternde Nachricht stimmte Ada und Emil Nolde tief traurig. Es war ihnen, als ob sie ein Stück ihrer selbst verloren hätten. Emil Nolde hatte seine ganze Kraft in die Werke gelegt, und sie stellten eine gute Auswahl dar. Nun waren sie sinnlos zerstört und für die Nachwelt verloren. Geblieben sind nur die Titel und einige Fotografien.

\*

Als die bisherigen Methoden noch nicht die gewünschte Wirkung zeigten, forderte die Reichskunstkammer die Hergabe der Werke der letzten beiden Jahre zur Begutachtung. Ich übernahm es, sie der Reichskammer für bildende Künste zu überbringen: drei Gemälde, schwarz gerahmt, in Packpapier verhüllt, mit Bindfaden verschnürt und mit der Straßenbahn zur Reichskunstkammer. Die Abgabebestätigung brachte ich zurück. Die Gemälde wurden nie zurückgegeben, sondern bildeten Beweismaterial für das am 23. August 1941 offiziell ausgesprochene Malverbot.

Das war der Tiefpunkt. Ein Künstler in voller Schaffenskraft zur Untätigkeit verurteilt, nicht wissend, was zu tun erlaubt war, die Vernichtung der 1052 in Museen beschlagnahmten Werke befürchtend, um den Rest seiner Gemälde bangend. Das war zu viel für das Künstlerehepaar Nolde. Kein Wunder, daß beider Gesundheit angegriffen wurde und sie nicht mehr nach Berlin zurückkehrten, sondern zurückgezogen auf ihrem stillen Seebüll lebten.

Wer die Not dieser beiden lieben Menschen sah, mußte helfen, und die Freunde schlossen sich enger um sie. Sie halfen Bilder aufzubewahren, zu verstecken, auf Auktionen in der Schweiz Bilder aufzukaufen, an höchsten Parteistellen für Nolde zu sprechen, wenn auch ohne Erfolg.

Vielleicht interessieren in diesem Zusammenhang die vielen Zufälligkeiten, durch welche das Abendmahlgemälde nach Dänemark kam. Max Sauerlandt hatte dieses Bild 1913 für Halle erworben. 1937 wurde es in Halle beschlagnahmt und dann als Devisenbringer ins Ausland verkauft. Auf Umwegen, die mir nicht bekannt sind, kam es in den Noldeschen Besitz zurück und befand sich auf Seebüll. Durch das Malverbot eingeschüchtert und durch den Besuch der Gestapo — denen ein 1942 vervielfältigter Brief Adas an Soldatenfreunde in die Hand gekommen war — bis aufs äußerste verängstigt, mußten sie Kontrollen und Hausdurchsuchungen befürchten. Deshalb wagten sie nicht, dieses ihnen besonders am Herzen liegende Bild auf Seebüll zu belassen. Wir berieten, was getan werden könnte. Es

wurde mit sieben anderen Gemälden gerollt, mit einer Decke umwickelt und verschnürt. Meine Frau und ich nahmen es auf dem Motorrad mit nach Achtrup. Ada und Emil Nolde winkten uns von ihrer Warft mit einem Bettlaken solange zu, bis wir auf dem Wege nach Aventoft ihren Blicken entschwanden. In Achtrup übergaben wir diese Rolle in die Obhut meiner Mutter. Wir erzählten ihr, daß diese Rolle wertvolle Teppiche enthielte und unter allen Umständen behütet und bei Brandgefahr gerettet werden solle. So stand diese „Teppichrolle“ seit 1942 in der Südervordiele meines Elternhauses im Kleiderschrank verwahrt. Es durfte ja auf keinen Fall bekannt werden, daß ein von Deutschland ins Ausland verkauftes „entartetes“ Gemälde wieder nach Deutschland zurückgekehrt war.

Als der Krieg seinem Ende entgegenging und feindliche Tiefflieger den Kreis Südtondern unsicher machten, bat Nolde seinen Neffen Christian Petersen aus Nolde, die Rolle in Achtrup abzuholen. Nolde glaubte sie in Dänemark vor Kriegseinwirkungen sicherer aufgehoben. So kamen diese Bilder im Monat November des Jahres 1944 per Fahrrad nachts bei Pebersmark über die Grenze und wurden noch in derselben Nacht nach Hadersleben zur Schwester von Ada Nolde gebracht.

Im Jahre 1946 vermachten Ada und Emil Nolde in ihrem Testament die acht schon in Dänemark befindlichen Gemälde Statens Museum for Kunst. Nolde wollte dadurch seinen Dank an die Vaterstadt seiner Frau zum Ausdruck bringen.

Bildschenkungen an deutsche Museen unterblieben, weil Nolde nach und nach erfuhr, welche wertvollen Gemälde durch Kriegseinwirkungen verlorengegangen waren und er den Bestand der Stiftung nicht gefährden wollte.

Die Bombenangriffe nahmen immer mehr zu. Wo waren die Bilder sicher? Nolde hatte zur Sicherung seiner Bilder durch verständnisvolle Hilfe von Amtsvorsteher Andreas Hansen die Bauerlaubnis für ein festes Gewölbe am Ende seines Gartens bekommen. Daß dieses Gewölbe gleichzeitig als letzte Ruhestätte gedacht war, vertraute mir Ada Nolde an einem schönen Sommertag an, als wir in Gartenstühlen vor der Gruft saßen.

Das einfachste wäre es gewesen, alle Sachen aus der Wohnung in der Bayernallee mit einem Möbeltransport nach Seebüll zu bringen. Alle Versuche schlugen fehl. Denn wer wollte es riskieren? Emil Nolde war diffamiert, seine Bilder vogelfrei. — Und dabei saß als Untermieter in der Noldeschen Wohnung ein Möbeltransporteur. Würde er aber in der Wohnung bleiben können, wenn Nolde sie aufgab? Er wollte den Umzug nicht machen.

Daß Nolde Vorkehrungen für einen möglichen Verlust seiner Wohnung getroffen hatte, geht aus dieser vorhandenen Vollmacht hervor:

z. Zt. Seebüll, 26. 8. 43

Ich ermächtige den Herrn Oberstudienrat Christian Carstensen im Falle einer

Bombenbeschädigung meiner Wohnung Charlottenburg, Bayernallee 10, erforderliche Maßnahmen zur Rettung meiner Sachen durchzuführen.

Dr. Emil Nolde

Diese Vollmacht ist mit Siegel und Unterschrift des Amtsvorstehers Andreas Hansen versehen.

Ähnliche Vollmachten besaß ich für die Kunstdruckereien Sabo und Felsing wegen Kupfer- und Eisenplatten und für das Stahlfach bei der Deutschen Bank, wo Spanische Aquarelle aufbewahrt waren.

Gegen Ende des Jahres 1943 bekam ich einen weiteren Auftrag: Ich sollte Ölbilder aus der Wohnung der Bayernallee retten. Hinter einem Holzverschlag standen viele Ölbilder, auf Keilrahmen aufgespannt. Oft wurde diese Arbeit durch Fliegeralarm unterbrochen, es wäre sonst manches weitere Bild dem Flammentod entgangen. Es stand mir frei, welche Gemälde ich von den Keilrahmen lösen wollte. Der Keilrahmen, auf dem der Name stand, blieb da. Der Name wurde auf die Rückseite des Gemäldes geschrieben. Dann wurden die Bilder mit der Farbe nach außen gerollt, mit Bindfaden verschnürt und als gewichtige Last zunächst über S-Bahnhof Heerstraße nach Potsdam in unseren Keller gebracht und ein Teil während des Krieges in überfüllten Zügen und der Rest nach Kriegsende mit unserem Möbeltransport auf abenteuerlichen Wegen über die Zonengrenze nach Norddeutschland gebracht.

Nolde freute sich sehr über diese Bilder. Er wollte die beschädigten Stellen noch ausbessern, was aber unterblieb.

Aus der Wohnung hatte ich auch die Schweizer Postkarten-Originale gerettet. Diese und die im Stahlfach der Deutschen Bank aufbewahrten Spanischen Aquarelle brachte meine Frau im Herbst 1946 im Kinderwagen unter Wäsche versteckt schwarz über die Zonengrenze, als sie mit den Kindern in unsere Heimat kam. Über die Rückkehr der herrlichen Spanischen Aquarelle freute sich Nolde ganz besonders.

Heute, im Frieden, erfahren diese Bilder eine äußerst sorgfältige Behandlung. Wer aber diese turbulente Zeit nicht miterlebt hat und nicht weiß, daß es in Notzeiten nur aufs Überleben ankommt und vieles vom Zufall abhängt, der mag die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Anfang 1944 zerstörten Bomben die Berliner Wohnung. Ich konnte nicht helfen, denn ich befand mich damals in Schulpforta bei Naumburg und erfuhr durch eine Karte von diesem schmerzlichen Verlust.

Etwa 3000 größere und kleinere Werke seien den Flammen zum Opfer gefallen, schreibt Nolde in seinem letzten Lebensbuch.

Als ich Noldes später auf Seebüll besuchte, zeigten sie mir ein kleines, mit Bindfaden verschnürtes, angekohltes Päckchen mit ihren ersten Briefen. Es war

in den Trümmern gefunden worden. Sie waren im hohen Alter innerlich bewegt über diesen seltsamen Zufall. „Der Himmel meint es doch wohl gut mit uns“, sagten sie.

Damals stand ihnen noch der Schmerz über die 43 von den Russen verfeuerten Gemälde bevor. Aber wir wissen heute, daß trotz allem der größte Wunsch des Künstlerehepaares in Erfüllung gegangen ist: Noldes Kunst ist anerkannt, und Emil Nolde reiht sich unter die Großen des 20. Jahrhunderts.

---

## VIELLEICHT - ICH WEISS ES NICHT ...

*... Selbst bin ich der Meinung, daß meine Kunst, trotz Reisen überall hin, tief im Heimatboden wurzelt, in dem schmalen Lande, hier zwischen den beiden Meeren. Sollte sie ein verbindendes Glied werden können zwischen Deutschland und den nordischen Landen, vielleicht — S ... glaubt es — ich weiß es nicht ...*

EMIL NOLDE (Briefe S. 160)

## Weihnachten und Neujahr in einem Dorf am Ochsenweg (Fröslee)

In einer von Historisk Samfund for Sønderjylland im Jahre 1961 in dänischer Sprache herausgegebenen Sammlung der Erinnerungen von Johan Meyer an „Det gamle Fröslee“ fanden wir die nachstehend ins Deutsche übersetzte und gekürzte Schilderung, wie um die Jahrhundertwende in einem Geestdorf im Schleswigschen Weihnachten und Neujahr gefeiert wurden. Sie zeigen, wieviel sich seitdem geändert hat.

Weihnachten wurde in den Heimen fast wie heute gefeiert. Doch wurde nicht so viel gekauft; das meiste war selbstgemacht. Vater holte einen Weihnachtsbaum bei Karsten Thomsen, der war der einzige, der Tannen auf einem Stück Land gepflanzt hatte, das nun „Amerika“ genannt wird; damals hieß es „Agerende“. Peter Rossens Vater hatte auch eine Plantage, aber die Bäume waren größer. Der Baum wurde mit vielen selbstgemachten Papiertüten in roter und weißer Farbe, selbstgemachten Kerzenhaltern aus Draht und etwas gekauftem Gold- und Silberfitter geschmückt. In den Tüten lagen einige Feigen oder Nüsse. Wir hatten auch eine Kette mit Danebrogfahnen, die sorgfältig in Seidenpapier verpackt lag. Das hatten nicht viele.

Wenn wir uns zu Tisch gesetzt hatten, sprach Vater ein Gebet, und dann bekamen wir das Weihnachtessen, das immer aus Grünkohl mit Speck und Würsten bestand, und dazu gab es Weißbrot mit Korinthen. Es war nur in der Weihnachtszeit, daß wir ein solches Weißbrot bekamen. Mutter hatte Bier gebraut, das sauer schmeckte, und die älteren bekamen einen Schnaps, später gab es „Pfortchen“ mit eingebackenen Backpflaumen, jedoch nur in jedem zweiten, und dann mit Zucker obendrauf. Es wurde eine tüchtige Portion Kohl gekocht, der zum nächsten Mittagessen aufgewärmt wurde. Je älter er wurde, desto besser schmeckte er, denn es wurde ja immer ein Stück Butter oder Schmalz dazugetan. Der Kohl konnte für drei bis vier Tage reichen, und dasselbe Essen gab es am Neujahrsabend. „Pfortchen“ waren auch reichlich vorhanden. Sie sollten gern von Weihnachten bis Neujahr reichen. Sie wurden auch aufgewärmt, wenn Besuch kam, und dann hatte Mutter einen Schwarzen-Johannisbeer-Rum, der als Schnaps getrunken wurde. Sonst bekamen die Besucher immer einen Kaffeeunsch. Wenn wir mit dem Essen fertig waren, mußten wir alle beim Abwaschen helfen, und während der Zeit machte Vater dann den Weihnachtsbaum zurecht. Wenn wir fertig waren, hörten wir gewöhnlich ein starkes Gepolter auf dem Steinfußboden draußen in der Vordiele. Es war Vater,

der eine Kohlschaufel warf, damit wir glauben sollten, der Weihnachtsmann sei dagewesen. Wenn wir dann in die Stube hineinkamen, war der Weihnachtsbaum angezündet. Vater erzählte, daß er den Weihnachtsmann durch den Schornstein habe kommen sehen. Dann tanzten wir um den Weihnachtsbaum und sangen: „Dejlig er den himmel blå“ und „Et barn er født i Bethlehem“. Und dann mußten wir unsere Weihnachtsgeschenke finden, die in der ganzen Stube unter Stühlen versteckt lagen und viele im Weihnachtsbaum. Die Namen waren auf das Einpackpapier geschrieben, und ebenso wie heute herrschte Spannung. Es waren meist selbstgemachte Dinge, die geschenkt wurden, wie Fausthandschuhe, Mützen, Schürzen und Zeug. Ich bekam 1896 ein Schaukelpferd, das mit dem Fell eines Fohlens bezogen war. Es hatte sowohl Sattel als auch Steigbügel und Zaumzeug. Das Fell war braun. Es wurde von mir und von allen Vettern tüchtig benutzt. Es war nicht neu. Ich glaube wohl, Vater hatte es von Onkel Andresen bekommen.

\*

Die Vorbereitungen für Weihnachten waren groß, was das Backen anbelangt. Wir hatten einen großen gemauerten Backofen am Ende der neuen Schmiede unten an der Straße. Es war auch ein Waschhaus da unten mit eingemauertem Kessel. Es wurden gewöhnlich zwanzig Schwarzbrote und acht Mischbrote gebacken, davon vier mit Korinthen drin. An dem Tag, wo gebacken werden sollte, waren Vater und Mutter früh auf. Der Ofen mußte richtig warm sein; er wurde mit Heidekraut, Holz und Torf geheizt, und wenn die Steine schön warm waren, wurde die Asche herausgerakt, wonach die Brote in den Ofen kamen. Der Teig war ja am Abend vorher gesäuert worden, und das Roggenmehl wurde gesiebt. Dann wurde Hefe hinzugefügt, und wenn das Roggenbrot fertig war, wurde das Feinbrot hineingeschoben. Von dem Abgeschabten aus dem Backtrog wurde für uns Kinder ein Restekuchen gebacken. Es wurden auch viele Pfeffernüsse gebacken, ein kleiner Sack voll. Sie wurden aus Roggenmehl und Schmalz und ein wenig Weizenmehl zusammengeknetet. Wenn sie geknetet waren, wurden sie in große Flächen ausgerollt, etwa einen Zentimeter dick, und zum Kaltwerden auf den Stubenfußboden gelegt. Sie wurden in lange Streifen geschnitten und dann in einen Zentimeter große Vierecke und zuletzt in dem großen Backofen gebacken. Es wurden viele davon zu Weihnachten und Neujahr gegessen. Alle Kinder, die zu Neujahr kamen, um ein gutes Neujahr zu wünschen, bekamen eine Handvoll. Wir spielten auch „Maus“ mit ihnen. Wenn eine Gesellschaft um den Tisch saß, setzte jeder Teilnehmer gleich viele in die Mitte. Einer der Mitspielenden durfte nicht hinsehen, während die anderen auf eine in dem Haufen zeigten. Derjenige, der nicht hinsehen durfte, durfte eine nach der anderen aus dem Haufen nehmen. Er konnte beibleiben, solange er nicht diejenige nahm, die bezeichnet war, aber sobald er diese nahm, riefen alle anderen „Maus“, und er mußte aufhören. Aber

alle die Pfeffernüsse, die er genommen hatte, gehörten ihm.

Gewöhnlich machte Vater zu Weihnachten auch einen „Pimmel“; das war ein rundes Brett, dreißig Zentimeter im Durchmesser. Es wurden darauf Zahlen geschrieben wie auf einer Uhr, von eins bis zwölf; in der Mitte des Brettes wurde mit einem Nagel ein flacher Stock befestigt, am einen Ende wie ein Pfeil zugespitzt. Es wurden vor den Zahlen Pfeffernüsse im Verhältnis zu den Zahlen hingelegt, dann wurde der Stock gedreht, und derjenige, vor dem der Pfeil stillstand, gewann die Pfeffernüsse.

Wir spielten auch: „Min hæst di traver, hvor manne i flok?“ (Meine Pferde traben, wie viele auf einem Haufen?) Einer der Teilnehmer nahm eine Anzahl Pfeffernüsse in die geschlossene Hand, und dann mußte man raten, wie viele es waren. Erriet einer die Zahl, gehörten die Pfeffernüsse alle ihm. Sonst mußte er die Differenz zwischen der richtigen Zahl und der erratenen Zahl in Pfeffernüssen bezahlen. Etwas Ähnliches spielt man auch heute noch.

Ja, es gab viel zu tun zu Weihnachten mit dem Schlachten, Backen und den Außenarbeiten, denn in „æ meldav“ (den Zwischentagen) durfte kein Rad sich drehen. Häcksel für die Pferde wurde vor Weihnachten geschnitten, denn Rüben kannte man in Frøslee nicht Anfang der 1890er Jahre. Alle Geräte mußten unter Dach und Fach sein, denn standen einige draußen auf dem Feld, kam „Jerusalems Schuster“ und fügte ihnen Böses zu, und es wurde als eine Schande angesehen, wenn sie draußen standen.

\*

Am Neujahrsabend gingen die jungen Knechte in verschiedene Häuser im Dorf, um Scherben zu werfen („slå potter for“). Es waren alte Scherben, die im Laufe des Jahres gesammelt worden waren, und am Neujahrsabend wurden sie mit einem mächtigen Getöse in die Vordielen geworfen. Die Betroffenen kamen dann herein und wünschten „ein gutes Neujahr“ und bekamen Pförtchen und meistens einen Kaffeepunsch; es konnte also für viele ein feuchter Neujahrsabend werden. Neujahrsball kannte man damals nicht. Die Leute blieben zu Hause oder auf der Straße.

Feuerwerkskörper kannte man auch nicht, doch hatte Vater einen Lehrling aus Flensburg, der Peter Nissen hieß, jetzt Schmied in Süderbrarup in Angeln. Er konnte einen tüchtigen Knall hervorbringen mit einem großen ausgebohrten Schlüssel, den er mit Schwefel von Zündhölzern füllte, und einem Nagel, der in das Loch des Schlüssels paßte. Das eine Ende band er mit einem Stück Bindfaden an den Schlüssel und das andere an den Nagel und steckte dann das Ende des Nagels in das Loch des Schlüssels und schlug den Nagel schnell gegen die Mauer, wodurch ein mächtiger Knall hervorgerufen wurde. Einige der Jungen liehen ein Jagdgewehr von ihren Eltern oder dem Bauern und schossen damit, aber man durfte nicht zu nahe ans Reetdach geraten, denn dann konnte der Feuerstrahl im

Dach Feuer entfachen, was auch hier im Dorf geschehen ist. Auf vielen Eiföfen hatten sie Vorderlader von 1864. Auch damit schossen einige, doch nur mit losem Pulver.

Die größten Kinder waren Neujahrsabend draußen, entweder mit dem Rummelpott oder mit Scherben. Alle Nachbarn und Verwandten mußten aufgesucht werden.

\*

Am Neujahrsabend gingen die großen Jungs mit dem Rummelpott umher; das war ein gewöhnlicher Steintopf, mit einer Schweinsblase überspannt, so daß er luftleer war. In der Mitte war ein Reetrohr angebracht, das gut in der Blase befestigt wurde. Wenn man die Finger anfeuchtete, konnte man einen brummenden Ton hervorrufen, und dann sangen wir ein Lied dazu auf plattdeutsch:

*Fru, mak de Dör op, de Rummelpot wil in,  
daa komt en Schip von Holland, dat het' ken gute Wind,  
Schipper sölln wi reisen, Stürman sölln wi preisen,  
set de Segel op inne Top und gif nu wat in'e Rummelpot,  
Ik se de Schornsten roken, de Disch de war bedeckt  
mit schönen Appelkogen, de swimmen in de Fett,  
und sind se en beten to groot, dan het dat gaar ken Not,  
und sind se en beten to kleen, den gift det twe vor een.  
Morn is dat Söndag, do geit min Mutter to Stadt  
und köft en solten Hering, de kregn wi al wat af,  
min Vatter kregt dat Mittelstück, min Mutter de Swans,  
und wat dar dennoch övrig blift, dat kregn wi Kinner gans.  
Lat mi nich to lang staan,  
den ik mot noch witer gaan.  
Rup, rup, rup, nu is min Stück herut.*

Danach erhielten sie einige Pfeffernüsse oder Äpfel, und dann gingen sie von Haus zu Haus. Wir hatten ein Taschentuch oder ein Tischtuch mit und bekamen Näschiereien überall, wie etwa Äpfel mit einem 10-Pf-Stück drin oder Pfeffernüsse. Es gab Figuren, die wir beim Bäcker kauften: Pferde, Schweine, Rehe, Jungs und Mädchen. Sie waren aus Wasser und Mehl gebacken und waren mit roten Strichen übermalt. Sie schmeckten gut, wenn sie frisch waren, aber alt wurden sie zähe. Wir bekamen auch Kringel aus Zwiebacksteig bereitet, etwa zehn Zentimeter lang, fünf Zentimeter breit und zwei Zentimeter dick.

\*

Es war eine alte Tradition, daß alle Männer des Dorfes sich am Sonntagabend vor Weihnachten im Krug versammelten zum „Kringelspiel“. Es wurde um Kringel Karten gespielt, z. B. drei Karten und fünf Karten, der letzte Stich ergab den Gewinn. Es wurden auch neun Karten mit fetten und mageren gespielt und auch

Solo und „Skavindsel“. „Skat“ kannte man damals nicht.

Die Leute hatten gewöhnlich einen Trog oder einen Korb mit. Die Kringel kauften sie beim Bäcker, der sie im Krug für zwei Pfennig das Stück verkaufte, und es waren „leckere“ Kringel, die mit nach Hause gebracht wurden, denn sie wechselten zu oft den Besitzer über den Tisch, auf dem sie durch übergegossenen Kaffeepunsch und Tabakasche geschleift wurden.

Die meisten rauchten damals lange Pfeifen. Die Tabaksdose stand immer auf dem Tisch, da der Wirt für gratis Tabak sorgte, und viele hatten auch ein Spucknapf neben sich auf dem Fußboden. Ja, Spucknapfe hatten sie ja in allen Heimen an der Tür. Er wurde jeden Morgen gereinigt, und dann wurde eine Zeitung in den Boden gelegt und feiner Sand daraufgestreut. Es ist merkwürdig, daß niemand mehr spuckt, aber damals konnte man nicht darauf verzichten. Es gab viele verschiedene Arten von Spucknapfen, die meisten aus Holz, aber auch aus Eisen und Ton mit feingeschnittenen Figuren. Sie gehörten einfach zur Brautaussteuer. In den neunziger Jahren spielten die Leute jedoch statt dessen um Geld und kauften dann die Kringel, wenn sie morgens nach Hause gingen, und wir Kinder waren immer neugierig, wie viele Vater gewonnen hatte; aber in den achtziger Jahren spielte man noch um Kringel. Wir aßen sie gewöhnlich zu Mittag mit gekochter Milch dazu.

Die kleineren Kinder gingen am Neujahrsmorgen herum und fingen früh am Vormittag an, denn sie mußten ja in viele Häuser. Ihr Gruß lautete: Guten Tag, ein gutes Neujahr, das ist meine Neujahrsgabe („goj dav, godt nytår, æ min nytårsgav“). In der ganzen Straße wimmelte es von Kindern, und es wurden eine Menge Dinge nach Hause geschleppt, die auf dem Bett ausgeleert und später sortiert wurden. Um 1900 gab es auch einiges Zuckerwerk mit Bildern, das man in Flensburg kaufte. Ja, so feierte man Neujahr in meiner Kindheit.

---

#### AN DIE FREUNDE

Wieder einmal ausgeflogen,  
Wieder einmal heimgekehrt;  
Fand ich doch die alten Freunde  
Und die Herzen unversehrt.  
Wird uns wieder wohl vereinen  
Frischer Ost und frischer West?  
Auch die losesten der Vögel

Tragen allgemach zu Nest.  
Immer schwerer wird das Päckchen,  
Kaum noch trägt es sich allein;  
Und in immer enge Fesseln  
Schlinget uns die Heimat ein.  
Und an seines Hauses Schwelle  
Wird ein jeder festgebannt;  
Aber Liebesfäden spinnen  
Heimlich sich von Land zu Land.

THEODOR STORM

### Ernst Siegfried Hansen 50 Jahre

Am 7. Dezember 1967 vollendete Ernst Siegfried Hansen in Kopenhagen sein fünfzigstes Jahr. Seine nordschleswigschen Landsleute, für die er in der Zeit des großen Zusammenbruchs 1945 und danach Unvergeßliches getan hat, haben ihm dazu ihre herzlichen Glückwünsche dargebracht. Die Grenzfriedenshefte, die er bis in die allerletzte Zeits mit wertvollen, glänzend geschriebenen Beiträgen bereichert hat, dürfen unter den Gratulanten nicht fehlen. Einen besonderen Grund aber, ihm aus vollem Herzen Glück zu wünschen, hat der Schreiber dieser Zeilen, der ihm seit unser beider engen Zusammenarbeit in jenen schweren Jahren durch die Bande persönlicher Freundschaft verbunden ist.

„Ensi“, wie seine Freunde ihn nennen, ist nicht der geistige Vater der „neuen Linie“ deutsch-nordschleswigscher Politik, die es der Minderheit ermöglicht hat, sich in der Heimat zu behaupten, ihren Zusammenhalt zu bewahren und auf festem Boden neu zu beginnen. Diese Linie war schon seit 1943 von einem Kreise verantwortungsbewußter Männer, vornehmlich in Hadersleben, gedanklich konzipiert worden. Man hatte auch schon begonnen, den Aufbau einer neuen deutschen Hauptorganisation vorzubereiten. Ernst Siegfried Hansen jedoch, im Herbst 1944 aus Paris, wo er als Korrespondent deutscher Zeitungen gearbeitet hatte, zurückgerufen und in die Redaktion der „Nordschleswigschen Zeitung“ eingetreten, übernahm alsbald diese Vorarbeiten, um sie weiterzuführen.

Der 9. Mai 1945 unterbrach und zerschlug vorerst alles. Auch Ernst Siegfried Hansen wanderte ins Fårhuslager. Nach vier Monaten ohne Anklage entlassen, fand er sich vor einer doppelten Aufgabe stehend:

Als erstes war für die neu zu organisierende Volksgruppe eine programmatische Plattform zu finden, die nicht nur von möglichst allen deutschen Nordschleswigern angenommen, sondern auch auf der dänischen Seite respektiert werden konnte. Dieses war nur möglich auf der Grundlage der Haderslebener Konzeption, wurde aber durch die Verbitterung der deutschen Bevölkerung über die Härte des dänischen Gegenschlags aufs äußerste erschwert. In der Gründungsversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger am 22. November 1945 wurde doch, unter der Leitung Ernst Siegfried Hansens, schließlich eine ausreichend starke Mehrheit für die folgende Formel gefunden, die dann historisch bedeutsam geworden ist: „Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden

in unserer Heimat.“ Damit war der Grund gelegt, auf dem die Volksgruppe sich wieder aufrichten und den Wiederaufbau ihrer zerstörten Einrichtungen in die Hand nehmen konnte.

Es galt jedoch dann zweitens, die „neuen Signale“ nach innen wie auch nach außen deutlich sichtbar zu machen. Dazu brauchte man eine neue Zeitung; denn die alte war eingestellt und konnte nicht wieder aufleben. Zudem war ihr technischer Betrieb durch einen Bombenanschlag zerstört. Allen Hindernissen zum Trotz konnte schon am 2. Februar 1946 die erste Nummer des neuen Organs, einer Wochenzeitung zuerst, unter dem Namen „Der Nordschleswiger“ erscheinen. Ernst Siegfried Hansen wurde ihr Chefredakteur. Er hat die ihm damit zugefallene Aufgabe glänzend gelöst. In klarer Gedankenführung und überzeugender Sprache hat er die „neue Linie“ der Volksgruppe vertreten und sie zugleich in die größeren Zusammenhänge, den deutsch-dänischen wie den zwischen Schleswig-Holstein und Nordschleswig, eingeordnet. Es war zumal der letztgenannte Zusammenhang, der uns im deutschen Südschleswig, die wir zur gleichen Zeit einer anfangs übermächtigen dänischen Flutwelle zu erwehren hatten, auf eine enge Verbindung mit dem nordschleswig-deutschen „Wellenbrecher“ hinwies. So kam der Schreiber dieser Zeilen in Kontakt mit Ernst Siegfried Hansen, und aus der Übereinstimmung unserer Vorstellungen über das doppelte Ziel: die deutsche Selbstbehauptung beiderseits der Grenze und die Grenzbefriedung, wie auch über die Wege, die dahin führen sollten, erwuchs eine Freundschaft, die gehalten hat.

Die einzelnen Phasen der Grenzlandpolitik sind hier nicht nachzuzeichnen. Dies um so weniger, als uns beide fast gleichzeitig das Mißgeschick traf, aus der aktiven Grenzarbeit verdrängt zu werden. Ernst Siegfried Hansen wich 1953 von seinem Stuhl als Chefredakteur des – seit 1949 als Tageszeitung erscheinenden – „Nordschleswiger“. Es geschah dies zufolge von Spannungen, die wohl letzten Endes darauf zuzurückzuführen waren, daß man ihm den Einfluß nicht zubilligen wollte, auf den er Anspruch zu haben meinte.

Er ging als Korrespondent seiner Zeitung nach Kopenhagen und lieferte Parlamentsberichte, die von zuständiger Seite als die besten der ganzen dänischen Presse beurteilt wurden. Daneben fand er die Zeit, die Entwicklungen in Schleswig in seinen beiden Büchern „Kurier der Heimat“ und „Disteln am Wege“ (1955 und 1957) gültig darzustellen. Die Mitarbeit am „Nordschleswiger“ fand ihr Ende, als Ernst Siegfried die Vertretung der dpa für Dänemark und Norwegen übernahm. Damit nun ganz auf Berichterstattung beschränkt, fand er den menschlichen Ausgleich, indem er sich innerhalb der deutschen Kolonie und für die deutsche St.-Petri-Gemeinde in Kopenhagen um so aktiver einsetzte. Die vor kurzem vollendeten Erneuerungsarbeiten an der St.-Petri-Kirche hat er stark gefördert, und sie wurden unter seiner Aufsicht durchgeführt.

*Dr. Richard Schenck*

\*

*Ernst Harms wurde das Bundesverdienstkreuz verliehen*

„Da müssen wir Harms fragen ...“ In diesem Satze drücke sich die Sympathie und der Respekt aus, die sich Ernst Harms im Grenzfriedensbund erworben habe. Er habe durch seine langjährige Tätigkeit bewiesen, daß er zu gegebener Zeit sowohl „ja“ als auch „nein“ sagen könne, und wenn es einmal ein „Nein“ sein müßte, dann habe er sein Gegenüber stets überzeugen können. Dies spreche für die hohen menschlichen Qualitäten, die der jetzt durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes Geehrte in seiner Arbeit für den Grenzfriedensbund bewiesen habe. So Dr. Johannsen in seinen Dankesworten für den langjährigen Betreuer der Kasse und Leiter der Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes. Es war dies am 28. Oktober in der Harmsschen Wohnung. Staatssekretär Borzikowski überbrachte die hohe Auszeichnung. Außer ihm waren zu der kleinen Feierstunde u. a. erschienen Dr. Wolfsteller, der Landrat des Kreises Husum, Oberbürgermeister Heinz Adler, Flensburg; Minister a. D. Wilhelm Käber; Min.Abt.Leiter Dr. Onnasch und Frau Nydahl. –

Diese Stunde im Hause von Ernst Harms wird in ihrer festlichen und doch aufgelockerten Atmosphäre allen Beteiligten in guter Erinnerung bleiben.

\*

*Präsident Dr. Heinrich Clasen achtzig Jahre*

Der frühere Präsident des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein und Ehrenbürger der Stadt Husum, Dr. Heinrich Clasen, konnte am 1. November seinen achtzigsten Geburtstag feiern. In einer Feierstunde im Nissenhaus in Husum wurde er aus diesem Anlaß mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. – Dr. Clasen studierte in Göttingen, München und Kiel Jura. Seit 1920 Landrat des Kreises Husum, wurde er 1933 seines Amtes enthoben und später an die Regierung in Königsberg, Allenstein und Stettin versetzt. Ausgebombt kehrte er 1945 mit Frau und Tochter in seine Heimatstadt Husum zurück, um sogleich zum Leiter der Finanzabteilung im Oberpräsidium in Kiel berufen zu werden. Von 1949 bis 1952 war er Präsident des Landesrechnungshofes. Dr. Clasen hat in seiner schleswig-holsteinischen Heimat zahlreiche Ehrenämter bekleidet, u. a. war er von 1954 bis 1963 Vorsitzender des SHHB, der ihm für seine Verdienste die Lornsen-Kette verlieh. – Zur großen Zahl der Gratulanten gehörte auch Dr. Johannsen.

\*

*Theodor Steltzer †*

Steltzer war Schleswig-Holsteiner, geboren in Trittau. Seine Mannesjahre führten ihn in leitende, verantwortliche Stellungen seiner Heimat und gaben ihm Gelegenheit, als Landrat, als Oberpräsident und als Ministerpräsident neue

Grundlagen für die Demokratie sowie für das allgemeine Leben in dem neuen Land Schleswig-Holstein zu legen. Sein Ideenreichtum wie auch seine nie ruhende Tatkraft weckten neues Leben. Auch als sein Weg ihn zu weitergreifenden Aufgaben aus dem Lande führte, umfaßte er das weitere Geschehen in Schleswig-Holstein mit intensivem, ja liebenden Interesse, und er kehrte oft und gern zurück, um mit Freunden über den Lauf der Dinge zu sprechen.

Auf einer solchen Fahrt in die Heimat erkrankte er in München und starb. Seinem Wunsche folgend, wurde seine Urne am 9. November 1967 auf dem Neuwerker Friedhof in Rendsburg beigesetzt.

Theodor Steltzer ist heimgekehrt! – Als es den Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch anzufassen galt, verstand es Steltzer, viele Frauen und Männer zu sammeln und zum Schaffen anzuregen. Er fand nicht nur neue Ideen, sondern schuf auch die äußeren Möglichkeiten, die neue Anfänge ermöglichten. Bei allem, was Steltzer anregte, vertrat er mit fast leidenschaftlichem Interesse die Ansicht, daß der Neuaufbau der kleinen wie der großen Dinge nur fruchtbar sein würde, wenn neben dem wirtschaftlichen Werden eine geistig-seelische Belebung, ja Erweckung einherginge. Dieser Glaube war es, der ihn bald zu fruchtbarer Zusammenarbeit mit Bildungsbestrebungen mancherlei Art führte. Auf dieser Linie wurde er tätiger Mitarbeiter und Anreger für alle Bildungsbestrebungen, für Kulturpflege in Stadt und Land, für Volkstumspflege und Jugendarbeit, kurz für alles, was geeignet sei, seelisch-geistige Kräfte zu wecken. Auf dieser Linie liegt seine große Bedeutung für die Volkshochschulen, die hier nur erwähnt, aber der Kürze wegen nur angedeutet werden kann.

Axel Henningsen

in der VHS-Korrespondenz Schlesw.-Holst.

---

## Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

### *Eine Jens-Nydahl-Schule in Berlin-Kreuzberg*

Die 11. Grundschule in Berlin-Kreuzberg wurde in diesem Herbst nach dem verstorbenen Ehrenvorsitzenden des Grenzfriedensbundes, Jens Nydahl, benannt. Damit ehrte man Verdienste, die der nordschleswigsche Berliner bzw. Berliner Nordschleswiger sich vor 1933 als Stadtschulrat der Reichshauptstadt durch den Aufbau eines modernen Schulwesens erworben hat.

\*

*Besuch des Friisk Instituut in Bredstedt*

Der Vorstand des Grenzfriedensbundes folgte aus Anlaß einer Sitzung in Bredstedt einer Einladung der Leitung des Friisk Instituut zu einer Besichtigung desselben und einer Aussprache über die Ziele und die praktische Arbeit dieser von den friesischen Heimatorganisationen getragenen Einrichtung.

\*

#### *Ein Gespräch mit der Arbeiter-Wohlfahrt*

führte der Vorstand des Grenzfriedensbundes auf einer Zusammenkunft in Husum mit den Ortsvereins- und Kreisvorsitzenden aus dem Landesteil Schleswig. In einer lebhaft geführten Aussprache wurden sowohl grundsätzliche als auch vor allem praktische Fragen der Sozialarbeit besprochen, wie sie sich aus der Zusammenarbeit beider Organisationen immer wieder ergeben. Alle Beteiligten waren von dem Ergebnis der Aussprache sehr befriedigt.

\*

#### *Der Vorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger war Gast des Grenzfriedensbundes*

Nach mehrjähriger Unterbrechung trafen sich Anfang Dezember der Vorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger und der Vorstand des Grenzfriedensbundes zu einer Aussprache über gegenwärtige Probleme des schleswigschen Grenzlandes. Während die Vorstandsmitglieder des BdN die Gelegenheit wahrnahmen, aktuelle Fragen der deutschen Minderheit und deren mögliche Lösung des näheren zu erläutern, kam es den Gastgebern darauf an, sich ein Bild der Gesamtsituation und der Zusammenhänge nördlich und südlich der Grenze zu machen.